

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO-SUHR-INSTITUT

OSI-ZEITUNG 26. AUSGABE - SOMMERSEMESTER 2023

Gesine Schwan

Die Kraft muss aus den
Kommunen kommen



Die Transformation Deutschlands

DEBATTE

Lorenz Maroldt
**Haben wir das
Debattieren verlernt?**

LEUTE

Kevin Kühnert
**Studium erfolgreich
abgebrochen**

KULTUR

Tim & Struppi
**Mit Tintin die Welt
besser verstehen**

TILL HENNIGES, SASKIA KABELITZ, CLARA BALDUS, CHRISTINE KOLMAR, CHRISTIAN WALTHER
REDAKTIONSLEITUNG UND HERAUSGEBER DER OSI-ZEITUNG.

Alles muss sich ändern

In der Analyse sind sich viele schnell einig in Deutschland: die Klimaziele sind kaum mehr erreichbar, die Flüchtlingspolitik konzeptionslos, die Digitalisierung läuft im Schnecken tempo, die Infrastruktur ist marode, die Bildungspolitik ein einziges Versagen und die Bundeswehr kaum abwehrbereit.

Gleichzeitig treibt der Druck, dass sich vieles gründlich ändern müsste, um besser zu werden, Bürger:innen in Angst oder Ablehnung. Auch mit der Folge, dass eine anfangs frisch wirkende Ampelkoalition weder aus dem Knick noch aus dem Streiten herauskommt.

Wo also am effizientesten ansetzen mit dem nötigen Transformationsprozess? Als wir für die OSI-Zeitung dieser Frage nachgehen, stoßen wir wiederholt auf den gleichen Hinweis: aus der Kommune kommt die Kraft! Hier können die verschiedenen Interessen im Sinne des Gemeinwohls offener und bürgernäher diskutiert werden, sagt Gesine Schwan, die Grande Dame der deutschen Politikwissenschaft und zweifache Bundespräsidentenkandidatin. Zum Beispiel bei der Flüchtlingspolitik könne eine Gemeinde am ehesten abschätzen, wie viel sie leisten kann, aber auch wie viel ihre Bürger:innen etwa durch mehr Arbeitskräfte oder zusätzliche Projektgelder profitieren können. Der OSI-Lehrbeauftragte vom Institut für Urbanistik, Henrik Scheller, pflichtet bei, die Kommunen seien der relevante Ort für die Trans-

formation, sie seien willig und kreativ, aber: es fehlen Gelder, gesetzliche Grundlagen und Personal. Eigentlich braucht es eine Finanzverfassungsreform. Und Martin Hikel, einer von derzeit drei OSI:ern unter Berlins Bezirksbürgermeistern, beschreibt Neuköllner Prioritäten der Transformation.

Fast ein Appell kommt von Wahlforscher Aiko Wagner. Solange sich die Konservativen nicht zum Steigbügelhalter für die Macht der Rechten machen, bleibt das Problem mit der AfD in Deutschland handhabbar.

Es gibt also viel zu tun, da kann das Studieren schon mal sekundär werden. So erklärt uns Kevin Kühnert, Generalsekretär der SPD, wie man sein Studium erfolgreich abbricht. Und Andreas Wunn, Leiter von ZDF Morgen- und Mittagmagazin, worauf es ankommt, wenn man Journalist werden will. Wie immer sind alle unsere Gesprächspartner und Autoren auch dieser Ausgabe ausschließlich Studierende, Absolventen, Professoren oder Beschäftigte des OSI. Und sogar die Comic-Helden Tim und Struppi bzw. ihr Original, Tintin, sind seit einiger Zeit ins OSI eingezogen und helfen den Studierenden bei der Einordnung von Theorie, Ideengeschichte und Grundlagen der Politik. Dies und vieles mehr auf den nächsten Seiten. Viel Vergnügen beim Lesen.

Und übrigens: Wer Lust hat, bei der OSI-Zeitung mitzumachen, Kritik oder Anregungen hat, bitte melden!

DIE TRANSFORMATION DEUTSCHLANDS

»Die Transformation Deutschlands muss aus dem Kommunalen kommen«	5
Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan zu neuen Formen der Politikgestaltung VON CLARA BALDUS UND CHRISTINE KOLMAR	
Die sozial-ökologische Transformation ist unausweichlich	9
Sind die Kommunen in Deutschland dabei Getriebene oder Treiber? VON HENRIK SCHELLER	
Wenn sich die Konservativen nicht zum Steigbügelhalter der Rechten machen, bleibt es handhabbar	12
Wahl- und Parteiensystemforscher Aiko Wagner im Interview VON CLARA BALDUS UND CHRISTINE KOLMAR	
Nach der Pleite der Silicon Valley Bank und der Übernahme der Credit Suisse	16
Europaforscher Andreas Hofmann im Interview VON ROSA DI NARDO	
»Mit Augenmaß, mit Fingerspitzengefühl, mit Empathie«	20
Deutschlands feministische Außenpolitik VON TERESA BECHER	

OSI-LEUTE

»Man ist ohne Zertifikat kein schlechterer Mensch«	26
SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert im Interview VON CHRISTIAN WALTHER	
Wie wird man Journalist, Herr Wunn?	29
ZDF-Journalist Andreas Wunn im Gespräch VON TILL HENNIGES	
»Das Patriarchat wird sich nicht von selbst abschaffen«	33
Unternehmerin Lillemor Mallau über Mächtige, Mütter und Feminismus VON SOFIE EIFERTINGER	
»Seine besondere Begabung liegt eindeutig auf journalistischem Gebiet«	36
Karl-Hermann Flach, Student der Deutschen Hochschule für Politik und Star des deutschen Sozialliberalismus VON CHRISTIAN WALTHER	

DEBATTE

Haben wir das Debattieren verlernt?	41
Tagesspiegel-Chefredakteur Lorenz Maroldt über die deutsche Debattenkultur in Politik, Gesellschaft und Medien <i>VON CLARA BALDUS UND SASKIA KABELITZ</i>	
Wissenschaftsfreiheit auf dem Prüfstand	45
Der weltweite Zustand des wertvollen demokratischen Guts <i>VON JANIKA SPANNAGEL</i>	
»Wir müssen die Stadt größer denken«	48
Neuköllns Bürgermeister Martin Hikel im Gespräch <i>VON JOSÉ-LUIS AMSLER UND ARIADNE LIMBOU</i>	

CAMPUS

Da wächst jetzt Gras drüber	53
Die traurige Geschichte hinter dem Zerfall der FU-Tennisplätze am Henry-Ford-Bau <i>VON TILL HENNIGES</i>	
»Ich rate Ihnen: Achten Sie auf sich«	56
FU reagiert auf wachsende psychische Belastung <i>VON SASKIA KABELITZ UND ARIADNE LIMBOU</i>	
Was macht eigentlich...Helga Haftendorn?	60
»Keine Lösung mit Putin« <i>VON CHRISTIAN WALTHER</i>	
Was macht eigentlich...Martin Jänicke?	61
»Umweltpolitik, die keine Verlierer schafft« <i>VON CHRISTIAN WALTHER</i>	
Nicht schick, aber mit der richtigen Message	62
Ein Kommentar zum neuen FU-Logo <i>VON PAUL CICHON</i>	
Namen und Nachrichten	64
Neuigkeiten aus dem OSI <i>VON LEA MURRU</i>	

KULTUR & CO

Das Bild vom Holocaust	68
Ein Besuch beim Museum für Fotografie und dem Haus der Wannsee-Konferenz <i>VON ANJA MIELKE</i>	
Politik bei Tintin – das Tim & Struppi-Seminar	71
Professor Philipp Lepenies im Interview <i>VON TILL HENNIGES</i>	

GESINE SCHWAN ZUM 80sten

»Die Transformation Deutschlands muss aus dem Kommunalen kommen«

Warum wir eine neue Form der Politikgestaltung brauchen

VON CLARA BALDUS UND CHRISTINE KOLMAR

Gesine Schwan empfängt uns in ihrem prächtig blühenden Garten in Zehlendorf unweit des Schlachtensees. Die Politologin verbrachte nicht nur ihr Studium am OSI. Viele Jahre lehrte sie selbst als Professorin und hatte das Amt der Dekanin inne. Ihr SPD-Beitritt liegt bereits 50 Jahre zurück, sie ist langjährige Vorsitzende der Grundwertekommission ihrer Partei und kandidierte zweimal für das Amt der Bundespräsidentin, ohne Erfolg. Man könnte sie also als politisches Urgestein bezeichnen – oder vornehmer: Grande Dame der Politik und Politologie. Kürzlich ist sie 80 Jahre alt geworden. Zu diesem Anlass wird in ihrem Garten gerade ein Fest vorbereitet. Doch für den Moment gilt Gesine Schwans Interesse ganz der OSI-Zeitung und den Fragen zur aktuellen Politik.

In ihrem langjährigen Erleben, Gestalten und der Analyse von Politik hat sie schon viele unruhige Zeiten erlebt. Doch auch sie stellt fest: »Wir haben derzeit besonders viele grundlegende und systemische Krisen. Das alles bedrückt sehr.« Fatal wäre jedoch, aus Verzweiflung die Hände in den Schoß zu legen. »Politik fordert immer heraus« und verlangt, konstruktive Wege zu suchen, erklärt sie entschlossen und optimistisch.

Das aktuelle Lamentieren über Streitigkeiten in der Koalition führe daher auch nicht weiter. Die Öffentlichkeit habe »völlig illusorische Erwartungen an die Ampel«, findet Schwan. Die Ampelparteien haben »handfeste unterschiedliche Ausgangspositionen«, es liegt also in der Natur der Sache, dass sie viel streiten und einen gemeinsamen Weg suchen müssen.

Kanzler Scholz müsse jetzt genau »dosieren zwischen Interventionen und Einflussnahme im Hintergrund«.

Langjähriger Abwärtstrend, kurzfristige Politik

Die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung ist aktuell so groß wie noch nie seit ihrem Amtsantritt. Viele Bürger:innen fühlen sich machtlos. Die Politologin konstatiert: »Wir haben seit mehreren Jahrzehnten eine soziale und ökonomische Entwicklung, die das allgemeine Versprechen der Demokratie, dass alle Bürger gleiche Chancen haben, konterkariert.« Sie spricht von zunehmend scharfen Diskrepanzen in den finanziellen Verhältnissen. »Die Menschen merken in ihrem Umfeld, wie völlig unterschiedlich die Lebenschancen sind zwischen denen, die so viel haben, dass sie nicht mehr wissen wohin, damit auch Macht anhäufen, und denen, die jeden Pfennig umdrehen müssen.« Der Ursprung allen Übels: die Überzeugung, man solle mehr dem Markt überlassen und weniger der Politik.

Gleichzeitig klammere sich die Politik an Macht. Vor allem an kurzfristigen Machterhalt. Parteien fokussierten sich zunehmend auf die Umfragewerte. »Das ist ziemlich tödlich für unsere Demokratie.« Natürlich brauchen Parteien Macht, um gestalten zu können, »aber die Ungeniertheit, alles nur darauf zu setzen und schwierige Situationen zu vermeiden, hat zugenommen.« Bei dieser »Machttaktiererei« fehle es an Fantasie und Mut, sich eine bessere Welt

vorzustellen. Wie das mit dringend notwendigen Reformen und einer langfristigen Politik vereinbar ist, erscheint mehr als fraglich. Brauchen wir also eine neue Form der Politikgestaltung und der politischen Kultur? »Ja ganz eindeutig«. Richtig miteinander reden, Argumente austauschen, sich nicht mit kurzfristigen parteitaktischen Positionen zufrieden geben ist für Gesine Schwan jetzt das Gebot der Stunde. Ihr Vorschlag: ein Gesellschaftsvertrag unter den Parteien, die sich darauf verständigen, die Umfrageergebnisse für eine gewisse Zeit auszuklammern, um sich auf langfristige Politikziele konzentrieren zu können.

Enttäuschung über Stillstand

Die Politikerin teilt die Einschätzung, dass die Transformation in Deutschland nicht richtig vorankommt. Eine nicht einsatzfähige Bundeswehr, konzeptlose Flüchtlingspolitik,

Lehrkräftemangel, Digitalisierung im Schnecken-tempo und die Klimaziele scheinen unerreichbar – an Problemen mangelt es nicht, an Lösungswegen hingegen schon.

Besonders enttäuscht sie die aktuelle Flüchtlings- und Asylpolitik. Davon auszugehen, die Abfertigung von Asylsuchenden in Zentren an den Außengrenzen sichere die Schengen-Zone, erachtet Gesine Schwan schlichtweg als »naiv« und »nicht zielführend«. So kommt sie zu dem Schluss: »Wir werden in Europa wieder vor einem Scheitern der Migrationsfrage stehen, weil eine Migrationspolitik, die auf Zwang und Abschreckung setzt, nicht funktioniert.«

Mehr Macht den Kommunen

»Wir können die multiplen Krisen nicht mit einer Großentwicklungskehrwende angehen, sondern wir müssen an vielen Stellen klein



©Foto: Christine Kolmar

Die derzeitige OSI-Studentin und Redaktionsleiterin Clara Baldus tauscht sich mit OSI-Alumni Urgestein Gesine Schwan über aktuelle Entwicklungen am Institut aus.

arbeiten.« Gesine Schwan plädiert dafür, die politische Beteiligung auf kommunaler Ebene zu stärken. Kleinvieh mache schließlich auch Mist. In den Kommunen können die verschiedenen Interessen und inwieweit diese dem Gemeinwohl zuträglich sind, offener und bürgernäher diskutiert werden als im auf Machterwerb fokussierten Parlament. Besonders in der Migrationspolitik wünscht sie sich, »dass die Kommunen viel mehr zu sagen hätten.« Neben den Integrationskosten sollen zusätzliche finanzielle Mittel für Kommunen, die Geflüchtete aufzunehmen bereit sind, Anreize schaffen. Auch auf dem Weg zur sozialökologischen Transformation sieht sie großes Potenzial in den Gemeinden. Ihr Vorschlag: ein kommunaler Entwicklungsbeirat gemäß den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen, welcher die längerfristigen Ziele im konkreten regionalen Kontext bespricht. Schwan wünscht sich, dass die Bürger:innen Politik »nicht mehr nur über die Zeitung« erleben, sondern »in ihrer Lebenswirklichkeit selbst mitgestalten.«

Lassen wir die künftigen Generationen im Stich? / Das Fundament bröckelt

Neben all den aktuell brennenden Fragen müssen wir in Deutschland konstatieren, dass wir uns einer der wichtigsten Grundlagen zur Problemlösung berauben: der Bildung. Die Ergebnisse der im Mai dieses Jahres veröffentlichten Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung, kurz IGLU, sind alarmierend und bestätigen den Abwärtstrend: ein Viertel der Schüler:innen in Deutschland erreicht nicht einmal die Mindeststandards. Damit liegt Deutschland unter EU- und OECD-Durchschnitt. Schwan bestätigt eine Vernachlässigung seitens der Politik: »Bildung war immer ein Stiefkind in der politischen Auseinandersetzung. Mit Bildung konnte man keinen Wahlkampf gewinnen. Wirtschaft stand im Vordergrund, weil Bildung nur mittelbar und langfristig wirkt, nicht sofort ihre Wirkung zeigt.«

Und die SPD war viele Jahre daran mitver-

antwortlich. Das gesteht Schwan ein: »Ja, sie hat es nicht hingekriegt. Im Wesentlichen auf Länderebene. Was ich in der Berliner Bildungsverwaltung an Versagen erlebt habe, war furchtbar.« Aus Schwans Perspektive hat sich die SPD mit Bildung immer nur unter dem Aspekt der Chancengleichheit befasst. Das sei wichtig, die Herkunft von Schülern sei in Deutschland besonders ausschlaggebend und das sei schlecht. Aber es müsse eben auch darum gehen: Wie verstehen wir Bildung und was soll Bildung erreichen?

Darum zum Schluss noch die Frage, was sie den jungen OSI-Studierenden rät? »Ich wünschte mir, dass sie sehr engagiert sind. Ich bin schon eine Weile nicht mehr am OSI gewesen, aber mein Eindruck ist, das Studium ist mittlerweile viel mehr auf die Berufslaufbahn ausgerichtet als darauf: Wie machen wir diese Gesellschaft besser? Das Studium sollte nicht nur eine Karriereausbildung sein.« Politik bedeute vor allem, über kontroverse Herausforderungen zu sprechen und gemeinsame verbindliche Lösungen für alle zu erzielen. Bei diesen Debatten müsse es immer um Begründungen und die besten Argumente gehen. Das allein biete die Chance für langfristige, nachhaltige Politik.

Gesine Schwan studierte Romanistik, Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft in Berlin und Freiburg und erklomm fortan weitere Stufen der akademischen Karriere: 1970 Promotion an der FU, 1971 wissenschaftliche Mitarbeiterin am OSI, ab 1977 Professorin und von 1992-1995 OSI-Dekanin. Ihre politische Laufbahn begann mit dem SPD-Beitritt 1972, 2004 und 2009 kandidierte sie auf Vorschlag der SPD für das Amt der Bundespräsidentin, beide Male ohne Erfolg. Seit 2014 ist sie Vorsitzende der Grundwertekommission und gründete im selben Jahr die NGO »Berlin Governance Platform«, bei der sie bis heute tätig ist.



Die sozial-ökologische Transformation ist unausweichlich

Sind die Kommunen in Deutschland dabei Getriebene oder Treiber?

VON HENRIK SCHELLER

Der Elefant in den Diskussionen über Infrastrukturen und notwendige Investition der Kommunen in Deutschland ist die Frage der sozial-ökologischen Transformation. Diese bedeutet »tiefgreifende Änderungen von Infrastrukturen, Produktionsprozessen, Regulierungssystemen und Lebensstilen« einschließlich eines »neuen Zusammenspiels von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft«, wie es schon der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen 2011 formuliert hat.

Die Transformation hat nicht nur in fiskalisch-haushalterischer, sondern auch in politisch-administrativer und sozialer Hinsicht enormen Steuerungsbedarf. Hinzu kommen geschätzte Finanzvolumina im dreistelligen Milliardenbereich sowie ein hoher Personalaufwand, wo sich schon heute – demographisch bedingte – Personal- und Kompetenzengpässe abzeichnen. Außerdem wirft der notwendig werdende Umbau der gesellschaftlichen Systeme bei bereits bestehenden sozialen und regionalen Disparitäten grundlegende Gerechtigkeitsfragen auf.

Und nicht nur das. Auch in theoretisch-methodischer Hinsicht stellt die sozial-ökologische Transformation eine Herausforderung dar. Denn das gängige Infrastrukturverständnis, das für Politik und Planungspraxis der Kommunen in den letzten Jahrzeh-

ten in seiner oft engen Verknüpfung mit dem neoklassischen Wachstumsparadigma maßgeblich war, muss mit Blick auf die einschneidenden Veränderungserfordernisse neu gedacht werden: Statt eines Ausbaus bestehender Infrastrukturen werden in Zukunft eher Um- und Rückbauten relevant.

Dennoch: eine sozial-ökologische Transformation ist aufgrund des fortschreitenden Klimawandels unausweichlich. Da urbane Räume für mehr als 70 Prozent des globalen Treibhausgasausstoßes verantwortlich sind, kommt den Kommunen eine entsprechende Sonderrolle zu – zumal sich ein Großteil der öffentlichen Infrastrukturen in ihren Händen befindet. Nach Schätzungen könnten die Kommunen durch die Umsetzung typischer Klimaschutzmaßnahmen etwa ein Siebtel der gesamten deutschen THG-Emissionen direkt mindern. Auch Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel sind ein lokales Thema, da sich Städte oft an Flüssen oder an der Küste befinden bzw. dicht bebaut sind und daher bei Extremwettern wie Starkregen, Überschwemmungen oder Hitze besonders verletzlich sind.

Trotz dieser offenkundigen Wechselbezüge sind Kommunen in Deutschland derzeit nicht generell gesetzlich dazu verpflichtet, Maßnahmen zur Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation systematisch und

planvoll anzugehen. So sind zum Beispiel Klimaschutz und Klimaanpassung nach wie vor »freiwillige« Querschnittsaufgaben. Nur einzelne klimarelevante Aspekte wie zum Beispiel verbindliche Vorgaben zum Energieverbrauch öffentlicher Gebäude bzw. Neubauvorhaben sind gesetzlich geregelt.

Für Politik und Verwaltung bedeutet der durch den Klimawandel verursachte Handlungsdruck fast schon eine Quadratur des Kreises, da die dagegen zu ergreifende Maßnahmen freiwillig sind, die (sozialen) Folgewirkungen transformativer Anpassungsprozesse nur schwer abschätzbar bleiben und nur unzureichende Informationen über die notwendigen finanziellen und administrativen Transformationsbedarfe vorliegen (Schätzungen reichen hier von rund 170 bis 480 Mrd. Euro an zusätzlichen Investitionen bis 2030 bzw. 2045).

Auch wenn die sozial-ökologische Transformation gerade für Kommunen ein »wicked problem« darstellt, haben sich inzwischen viele Städte auf den Weg gemacht, um – teils explizit, teils implizit – mit unterschiedlichen Strategien, Maßnahmen und Instrumenten die sozial-ökologische Transformation einzuleiten. Handlungsleitend sind dabei oft die Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Als Instrumente nutzen die Kommunen dabei Nachhaltigkeitsstrategien, Nachhaltigkeitsberichte und -prüfungen.

Die grundgesetzlich verbürgte Selbstverwaltungsautonomie sowie Eigenarten der föderalen Finanzbeziehungen eröffnen jedoch jeder Kommune weite Ermessens- und Gestaltungsspielräume, ob und wie sie eigene Nachhaltigkeitsmaßnahmen verwirklicht. Die chronische Haushaltsknappheit zwingt viele Kommunen dabei – gerade bei Aufgaben, die nicht pflichtig sind – aus der inzwischen unüberschaubaren Zahl an För-

derprogrammen von Bund, Ländern und EU entsprechende Mittel zu beantragen, weil Investitionen ansonsten gar nicht getätigt würden. Dazu fehlen ihnen jedoch oft die personellen Kapazitäten.

Sollten in Zukunft tatsächlich noch mehr finanzielle Ressourcen für die sozial-ökologische Transformation über diesen föderalen Transferkanal bereitgestellt werden, dürften sich die schon heute zu beobachtenden Abwicklungsschwierigkeiten der Kommunen potenzieren. Wünschenswert wäre eigentlich eine große Finanzverfassungsreform – aber hierfür hat der Politik in den vergangenen Jahren die Kraft gefehlt. Bleibt zu hoffen, dass die Transformationsnotwendigkeiten den politischen Druck so erhöhen, dass hier perspektivisch größere Anpassungen möglich werden.



© Foto: David Ausserhofer

Henrik Scheller ist Leiter des Teams »Wirtschaft, Finanzen und Nachhaltigkeitsindikatorik« am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Berlin. Er ist außerdem Lehrbeauftragter an der Arbeitsstelle Politisches System der Bundesrepublik Deutschland des OSI.



AIKO WAGNER

Wenn sich die Konservativen nicht zum Steigbügelhalter der Rechten machen, bleibt es handhabbar

Wahl- und Parteiensystemforscher Aiko Wagner über Wechselwähler, die Gefahren der Briefwahl und eine nicht mehr erreichbare Kapsel an AfD-Wähler:innen.

AIKO WAGNER IM INTERVIEW – VON CLARA BALDUS UND CHRISTINE KOLMAR

OSI-Zeitung: Wenn Sie auf die politischen Einstellungen deutscher Bürger:innen in den letzten zehn bis 20 Jahren zurückblicken, was sind die grundlegenden Trends und Umbrüche?

Aiko Wagner: Nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten etablierten Demokratien können wir die politischen Einstellungen mittlerweile nicht mehr so einfach auf einer Links-rechts-Achse verorten, wie noch lange Zeit im 20. Jahrhundert, sondern wir sehen eine Zweidimensionalität mit einer sozioökonomischen und einer soziokulturellen Konfliktachse. Wir haben eine deutliche Veränderung der politischen Landschaft, die weniger nach altem Rechts-links, sondern nach neuem Progressiv-konservativ organisiert ist. Da passiert etwas im Parteiensystem, nicht nur in Deutschland, sondern fast überall. Das ist aber eher ein langfristiger Wandel als ein Umbruchmoment.

Früher schien die Welt einfacher zu sein. Es gab in West-Deutschland im Wesentlichen zwei große Volksparteien mit klarem Profil. Mittlerweile ist die Parteienlandschaft kleinteiliger fragmentiert und es ist eine Abwendung von den Parteien sichtbar, was zukunftsfähige

politische Entscheidungen schwerer macht. Ein Dilemma?

Die Bindung an die Parteien hat massiv nachgelassen. Als Folge haben wir mehr kurzfristigen und stärkeren Wähler:innenwandel. Es gibt zum Teil große Veränderungen von einer Wahl zur nächsten. Aber das muss nicht nur schlecht sein. Im Sinne von demokratischer Verantwortlichkeit finden wir es eigentlich gut, wenn Wähler:innen nicht in ihrer Parteipräferenz vollkommen festgelegt sind, sondern auf die Arbeit der Politik reagieren. So können Sie beispielsweise eine schlechte Performanz abstrafen, die Regierung zur Verantwortung ziehen

Birgt das nicht auch eine Gefahr für eine kohärente, langfristige Politik?

Durchaus. Es gibt Licht und Schatten. Die Zeit, politisch zu reagieren, ist knapper geworden. Das heißt, früher wurde eher mal ein Fehltritt von stabilen Parteianhänger:innen geduldet, ohne dass sie sofort abgewandert sind. Das führt zu einer Bedeutungszunahme von Kurzfristigkeit.

Was müssen Parteien konkret tun, um sich den Veränderungen anzupassen?

Mehr Bürgerbeteiligung, mehr Direktmandate? Andere Formen in der Politik, miteinander umzugehen?

Die Frage ist, ob wir das durch mehr direkte Demokratie wirklich erreichen. Mehr direkte Demokratie bedeutet gleichzeitig auch eine Schwächung der repräsentativen Demokratie, das heißt eine weitere Schwächung der Parteien, der Parlamente.

Am Beispiel des Brexits haben wir gesehen, dass direktdemokratische Entscheidungen nicht immer im Sinne einer langfristigen und stabilen Politik sind. Und Direktdemokratie ist natürlich anfälliger für Einflüsse von Fehlinformationen, von Demagogie, Fake News usw. Daher bin ich sehr skeptisch, ob mehr direkte Demokratie uns insgesamt besser dastehen lassen würde.



Briefwahlunterlagen zu Landtagswahl, Bezirkswahl und Volksentscheid 2013 in Bayern.

Und Wählen mit 16?

Es gibt kein einzig richtiges Wahlalter. Da muss die Politik abwägen. Die Volksparteien stehen vor einem Dilemma. Sie wissen, dass ihre Wähler:innen überdurchschnittlich alt sind. Und das sind aufgrund des demografischen Wandels in Deutschland auch die wichtigsten Wählergruppen. Es ist zwar schön, wenn die Jungen politisch aktiv sind, aber es sind numerisch einfach nicht so schrecklich viele, dass sie gegen die Rentner:innen großartig ankommen würden. Deshalb ist es paradox: Einerseits müssten die Volksparteien stärker auf junge Menschen zugehen. Andererseits brauchen sie für ihren Wahlerfolg aber die älteren Menschen viel dringender als die Jungen.

Welche Erkenntnis aus Ihrer Forschung hat Sie überrascht?

Überraschend ist das Phänomen, dass es heute zwar auf der einen Seite stärkere Wechselbereitschaft und parteipolitische Offenheit bei den Wähler:innen gibt. Aber gleichzeitig sehen wir bei einem Segment der Wähler:innenschaft einen genau gegenläufigen Trend, eine Abkapselung nämlich derer, die die AfD wählen. Das scheint sich seit 2013 zu stabilisieren, dass wir da wirklich ein festes, kurzfristig kaum noch erreichbares Segment unter den Wähler:innen haben. Das liegt ungefähr bei 10–15 %.

Man kann also nicht mehr damit argumentieren, dass dies alles nur temporäre Protestwähler:innen seien. Ist diese unerreichbare rechte Kapsel eine Gefahr für die Demokratie?

Die Frage, ob Demokratien dadurch gefährdet sind, hängt stark vom Verhalten der konservativen Parteien gegenüber den rechtsradikalen Parteien ab. Das heißt, wenn die Konservativen fallen, wird es gefährlich. In

den USA haben wir gerade beobachtet, dass die konservative Partei weit nach rechts gefallen ist. Das kann schnell gefährlich werden. Wenn die Konservativen sich aber nicht verleiten lassen, zum Steigbügelhalter der Rechten zu werden, dann ist das in Deutschland handhabbar. Die SPD, die Grünen und die Linken sind nicht gefährdet, mit den Rechten zu koalieren und sie so hoffähig zu machen. Das ist viel eher die CDU. Und da kommt es einfach darauf an, wie sich die CDU in den nächsten Jahren gegenüber der AfD aufstellt.

Worauf sollte die Wahlforschung mehr achten?

Ein großes Fragezeichen steht meiner Einschätzung nach beim Briefwählen hinter der geheimen Stimmabgabe und damit der freien Wahl. Das ist ein sehr hohes Gut in der Demokratie, welches in der Briefwahl kaum gewährleistet ist. Während der Corona-Pandemie hatten wir fast 50% Briefwahl, aber auch zuvor haben schon ungefähr 30 % der Wählenden ihre Stimme per Brief abgegeben. Karlsruhe hat dazu entschieden, solange es eine Minderheitsfrage bleibt, sei das zu verkraften. Aber wenn die Hälfte der Stimmabgaben zu Hause stattfindet und damit nicht mehr gewährleistet ist, dass die Stimmabgabe geheim ist – finde ich das gar nicht unwichtig, und ich finde es interessant, dass wir als Demokratie darüber wenig sprechen. Ich habe da ein normatives Unbehagen.

Aiko Wagner ist seit Oktober 2022 für eine Dauer von fünf Jahren DFG-Heisenberg Fellow an der Arbeitsstelle Politisches System der BRD am OSI. Er forscht zu Parteiensystemen und politischem Wettbewerb in der Gegenwartsdemokratie. Seine bisherige akademische Laufbahn verbrachte er überwiegend an der Humboldt-Universität, wo er 2020 habilitierte, sowie am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung.



Nach der Pleite der Silicon Valley Bank und der Übernahme der Credit Suisse

Ansteckungsgefahr für Deutschlands Banken?

ANDREAS HOFMANN IM INTERVIEW – VON ROSA DI NARDO

Banken wollen vor allem eins: Geld machen. Doch welche Risiken gehen sie dafür ein? Deuten die Pleite der Silicon Valley Bank (SVB) und die Übernahme der Credit Suisse auf ein systemisches Risiko hin? Andreas Hofmann von der Arbeitsstelle Europäische Integration des Otto-Suhr-Instituts über die aktuellen Bankenkrisen, die Risiken für Deutschland und was sich an der Bankenregulierung ändern muss.

OSI-Zeitung: Stellt die seit Donald Trumps Amtszeit wieder gelockerte Bankenkontrolle in den USA möglicherweise ein globales Risiko dar?

Andreas Hofmann: Nicht wirklich. Was wir mit der Pleite der Silicon Valley Bank gesehen haben, ist eine regionale Bankenkrise in den USA. Diese wird entweder als »Mini Crisis of 2023« oder – in bedrohlicheren Szenarien – als eventueller Ansteckungsort gesehen. Dennoch ist die heutige Krise eine »altmodische« Krise, die von einem Bank Run gekennzeichnet ist. Neuartige Krisen, wie wir sie seit 2007 erlebt haben, wurden durch Banken ausgelöst, die massiv in neue Finanzinstrumente investiert hatten, die an faule Kredite gekoppelt waren. Dies hatte allerdings durch die Komplexität der Finanzinstrumente niemand durchschaut. Darum geht's in der jetzigen Krise aber gar nicht. Es geht um den Zinswandel und die fehlende Anpassung

mancher Banken an diesen. Ein normales Zinsrisiko, welches man nicht weg regulieren kann. Manche Banken waren einfach schlecht vorbereitet auf die rapide Erhöhung des Leitzinses.

Könnte diese schlechte Vorbereitung vornehmlich amerikanischer Banken eine Gefahr für die Weltwirtschaft werden?

Alles im Finanzgeschäft basiert auf Vertrauen. Einzelne Krisen können zum Sand im Getriebe werden, wenn sie eskalieren. Etwa wenn immer mehr Menschen anfangen zu denken: »Oh Gott, mein Geld ist doch nicht sicher, ich ziehe es ab.« Solche Krisen sind sich selbst erfüllende Prophezeiungen. Denn dieses Denkmuster erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Bank tatsächlich nicht in der Lage sein wird, Kunden ihr Geld auszuzahlen. Die letzte Bankenkrise war jedoch regional. Zu solch einer regionalen Krise kann es natürlich auch in Europa kommen – diese führen im ersten Schritt zu einer Konsolidierung, also einer Zusammenführung von Banken.

Was kann man gegen eine Ansteckungsgefahr von Europa und Deutschland tun?

Man muss den Leuten, die ihr Geld auf der Bank haben, glaubhaft vermitteln, dass ihr Geld sicher ist. Dies geschieht zum großen

Teil durch den Einlagensicherungsfonds, der in Deutschland bei 100.000 Euro liegt. Der Staat bürgt letztendlich für diesen. Die SVB hatte sich auf die Tech-Startups aus dem Silicon Valley spezialisiert. Deren Einlagen überstiegen die Versicherungsgrenze, die in den USA bei 250.000 Dollar liegt, bei weitem. Der Bank Run wurde von Start-Ups ausgelöst, die über Nacht Beträge in Millionenhöhe abgehoben haben. Die Start-Ups waren in diesem Sinne risikoaverser, ihr Geld auf dem Konto zu lassen, da ihr Geld nicht abgesichert war. Dies ist hierzulande bei den wenigsten Anlegern der Fall, denn die meisten legen nicht mehr als 100.000 Euro bei einer Bank an. Solange dies gewahrt wird, gibt es keinen Grund, von einer Ansteckung auszugehen.

Die SVB hatte langlaufende Staatsanleihen der USA erworben. Durch die Zinswende

wurden diese »alten« Anleihen unattraktiv. Die SVB musste durch vermehrten Kapitalbedarf ihrer Kunden ihre Staatsanleihen so zu einem ungünstigen Zeitpunkt verkaufen. Deutsche Banken haben doch das gleiche Problem?

Ja. Wenn Banken auf diesen Staatsanleihen sitzen bleiben, gibt es keinen Verlust. Aber wenn sie sie jetzt verkaufen, also den Tageswert angeben müssen, dann ist dieser niedriger als der Wert, der auf der Staatsanleihe draufsteht. Das erklärt das Loch in den Kassen. Bei der SVB war es so, dass sie neues Geld von den Investoren eintreiben wollte und ihre Bilanzen offenlegen musste. Da wurde klar: Die SVB hat weniger Geld, als sie den Anlegern schuldet. Wenn die Leute auf die Idee kommen, dass eine Bank zahlungsunfähig ist, ziehen alle ihr

Hauptsitz der Silicon Valley Bank in Santa Clara



© Minh Nguyen (CC BY-SA 4.0)

Geld ab. Dies ist die klassische Bank Run-Dynamik, zu der es prinzipiell auch in Deutschland und Europa kommen kann. Bei der SVB wurde diese dadurch begünstigt, dass die Tech-Unternehmen stark untereinander vernetzt sind. Wenn einer sein Geld abzieht, ziehen alle ihr Geld ab. Ich bin mir nicht sicher, ob es ein Äquivalent der SVB in Deutschland oder Europa gibt.

Banken zerbrechen meist nicht, sie werden von anderen Banken aufgekauft, wie das Beispiel der Credit Suisse zeigt. Welche Gefahren gehen damit einher, wenn Banken »too big to fail« werden? Ist es nicht angenehm zu wissen, dass ein Staat aufgrund der Systemrelevanz der Bank zwingend in ihre Rettung eingreifen müsste?

Die Tendenz ist ja die, dass die Finanzregulatoren, zumindest in den USA, wollen, dass die »too big to fail«-Banken die kleinen Banken übernehmen. Dieses »too big to fail« ist ein psychologischer Rückversicherungs-Mechanismus. Großbanken sind in diesem Kontext kein zentrales Problem, sondern eher die Lösung für wackelige kleine Banken, die unter der Zinswende und dem verlorenen Grundvertrauen leiden.

Das Problem mit den Großbanken muss immer daran gemessen werden, in welchem Verhältnis sie zu ihrem Standort stehen. Die UBS ist größer als die Schweiz. Das ist grundlegend problematisch, da sie nicht von der Schweiz gerettet werden könnte. Das ist in Deutschland anders, hier übersteigen die größten Banken in Summe nicht das BIP.

Müsste sich etwas an der Notenbankpolitik und den Bankenregulierungen ändern, um Banken stabil zu halten?

Die Notenbanken haben relativ wenig darauf geachtet, wie sich die Zinswende auf das Geschäftsmodell insbesondere kleiner Banken

auswirkt. Vielleicht werden zukünftige Zinserhöhungen nicht ganz so rapide geschehen, sondern eher Stück für Stück.

Bei den Bankenregulierungen könnte man einschreiten und ein höheres Eigenkapital der Banken einfordern. Es ist immer gut, wenn es einen größeren Puffer gibt zwischen dem Geld, welches ich mir von den Anlegern leihe und dem Geld, das ich verleihe. Für jedes Eigenkapital gibt es ebenfalls eine eigene Risikobewertung. Staatsanleihen haben traditionell ein Risiko von 0, das ist so, als würde man Bargeld hinterlegen. Man könnte sich überlegen, ob man diese Bewertung verschärft. Obwohl es für einzelne Banken schwierig wäre, eine Änderung zu kompensieren.

Das sind die Stellschrauben, bei denen man als Bankenregulator eingreifen kann. Was sich daraus ergibt, ist, dass es schwieriger wird, im klassischen Bankengeschäftsmodell profitabel zu sein. Dies kann wiederum dazu führen, dass sich Banken konsolidieren. Dadurch gibt es mehr große Banken, die eher »too big to fail« werden, mit den Problematiken, die sich daran anschließen.



Andreas Hofmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Arbeitsstelle für Europäische Integration am Otto-Suhr-Institut. 2012 promovierte er an der Universität zu Köln. Anschließend verbrachte er zwei Jahre am Centre for European Research (CERGU) in Göteborg. Seine Lehre deckt zahlreiche Aspekte der EU-Politik ab, u.a. die politische Ökonomie der Eurozone.

© Foto: Rosa Di Nardo



»Mit Augenmaß, mit Fingerspitzengefühl, mit Empathie«

Deutschlands feministische Außenpolitik

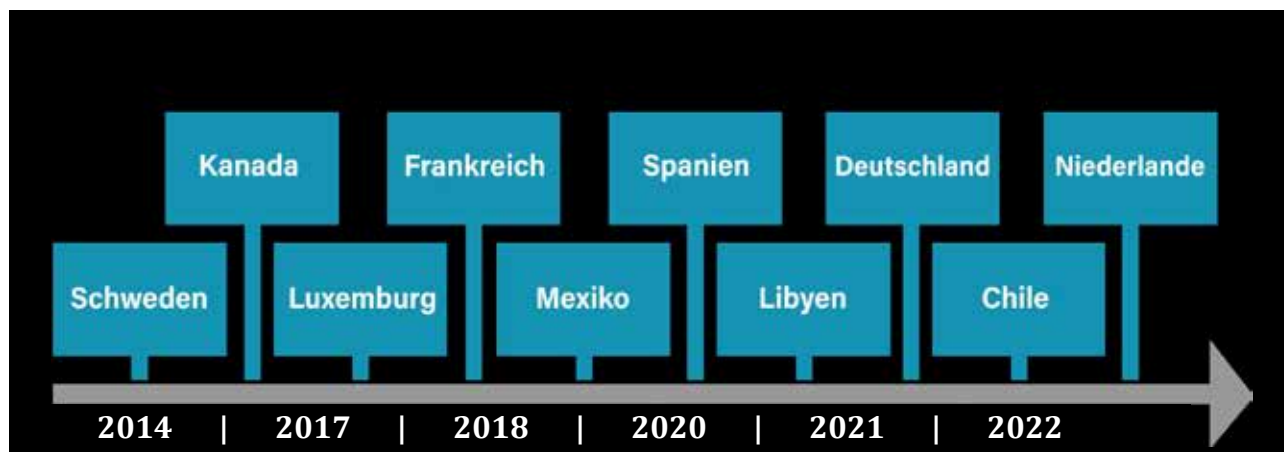
VON TERESA BECHER

Drei »R's« und ein »D« stehen im Fokus der feministischen Außenpolitik der Bundesregierung: Rechte, Ressourcen, Repräsentation und Diversität. Frauen und andere marginalisierte Gruppen sollen den gleichen Zugang zu Menschenrechten, Chancen, Machtpositionen und politischen Prozessen erhalten. Neben dem Geschlecht stehen weitere Ungleichheitsdimensionen, wie zum Beispiel Geschlechtsidentität, Herkunft, Religion, Behinderung oder sexuelle Orientierung im Fokus. Anders als es der Begriff »feministisch« vermuten lässt, geht es um mehr als nur die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen. Feministische Außenpolitik nimmt Machtungleichheiten per se in den Blick und will diese langfristig bekämpfen. Empirische Untersuchungen demonstrieren, warum das notwendig ist. Die amerikanische Politikprofessorin Valerie Hudson zeigt, dass inner- und zwischenstaatliche Konflikte, Instabilität und Terrorismus durch geschlechtsspezifische Ungleichheiten wahrscheinlicher werden. Für Friedensverhandlungen gibt es nach Untersuchungen der Vereinten Nationen einen ähnlichen Effekt: Sind Frauen an den Verhandlungen beteiligt, steigt die Wahrscheinlichkeit dafür, dass ein Friedensabkommen 15 Jahre lang hält, um 35 Prozent. Zudem führen postkoloniale Strukturen noch immer zu Ausbeutung und Konflikten.

< Annalena Baerbock bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages der 20. Wahlperiode des Bundestages am 7.12. 2021

Feministische Außenpolitik hat eine lange Tradition. Seit mehr als 100 Jahren setzen sich insbesondere Frauen dafür ein. So kamen schon 1915 beim Internationalen Frauenfriedenskongress in Den Haag mehr als 1.000 Aktivist:innen zusammen, um ihre Ideen für eine friedliche Weltordnung (weiter) zu entwickeln. Ein großer, viel späterer Meilenstein ist die Resolution »Frauen, Frieden und Sicherheit« der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000, in der unter anderem der Schutz von Frauen in Konflikten und ihre Rolle in der Konfliktprävention behandelt wird. Vierzehn Jahre später wurde Schweden zum ersten Land, das offiziell eine feministische Außenpolitik entwickelte. Seitdem folgten unter anderem Kanada, Frankreich, Mexiko, Spanien – und nun auch Deutschland. Im Koalitionsvertrag vom Oktober 2021 wurde dies festgelegt. Im März 2023 haben das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Leitlinien zur Umsetzung der Politik vorgelegt.

Doch auch in Deutschland ist das Prinzip feministischer Außenpolitik nicht ganz neu. Schon vorherige Regierungen förderten Frauen und queeres Personal im Auswärtigen Amt, setzten feministische Themen auf die Agenda oder suchten Kontakt zu feministischer Zivilgesellschaft. Ludger Volmer, Staatsminister im Auswärtigen Amt (AA) von



Zeittafel zu Staaten, die eine feministische Außenpolitik angenommen haben

1998 bis 2002 unter Außenminister Joschka Fischer, beurteilt die eigene Politik rückblickend positiv: »Wir waren damals Pioniere«. So setzte er die erste weibliche Büroleiterin im AA ein – eine der wichtigsten Stabspositionen in einem Ministerium –, traf sich in Argentinien mit den Müttern der Verschwundenen sowie in Russland mit den Soldatenmüttern und begegnete während seiner Reisen der kenianischen Aktivistin und späteren Nobelpreisträgerin Wangari Maathai, die er für diesen Preis vorschlug. Eine seiner ersten Amtshandlungen war ein Treffen mit dem Regenbogen-Netzwerk, in dem sich queere Menschen im Auswärtigen Amt für ihre Gleichberechtigung einsetzen. Dies waren damals die ersten Schritte in Richtung einer feministischen Außenpolitik, an die heute angeknüpft wird. Der Politikschwerpunkt geriet jedoch durch das erforderliche Krisenmanagement beim Kosovo- und Irakkrieg und den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York aus dem Fokus.

Von Ambition und Realität

Ein ähnliches Schicksal könnte die heutige Ampelregierung treffen, schätzt Tobias Matern vom Ressort Außenpolitik der Süddeutschen Zeitung. Zwischen dem Krieg in der Ukraine und steigenden Spannungen mit China sei Feminismus in der Außenpolitik

leicht aus den Augen zu verlieren.

Auch wenn die Außenministerin sich ernsthaft dafür einsetzen möchte, könnten ihr schlicht die finanziellen und zeitlichen Ressourcen fehlen. Kritisiert werden kann beispielsweise der Umgang der Bundesregierung mit den landesweiten Protesten im Iran. Mit dem Motto »Frauen, Leben, Freiheit« setzen sich vor allem Frauen für einen politischen und gesellschaftlichen Wandel ein. Das Regime reagiert hart mit polizeistaatlichen Methoden; sogar von mutmaßlichen Giftgas-Attacken auf Schulmädchen wird in diesem Zusammenhang berichtet. Mit politischem Willen könnte sich viel ändern, zum Beispiel in Bezug auf die Asylpolitik der Bundesregierung für iranische Frauen. Eine weitere Forderung ist eine stärkere Verurteilung der Iranischen Revolutionsgarde. Die Prioritäten liegen zur Zeit jedoch woanders. Fraglich ist außerdem, wie lange sich die Neuausrichtung der Außenpolitik halten kann. Eine nachfolgende Minister:in könnte die Leitlinie einfach wieder abschaffen. Schwedens neue konservative Regierung hat die feministische Ausrichtung inzwischen aus dem Titel ihrer Außenpolitik gestrichen – inhaltlich gab es bisher jedoch wenig Veränderung.

Feministische Außenpolitik ist eine Gratwanderung zwischen dem Vertreten der eigenen Haltung und dem Aufzwingen »westlicher«

Werte. Eine besondere Herausforderung ist die Zusammenarbeit mit anti-feministischen Staaten. Volmers Erfahrung nach tritt die deutsche Regierung im Ausland oftmals missionarisch auf. Um den Vorwurf zu verstehen, hilft es, sich in die Perspektive des Empfängerlandes hineinzusetzen. So werden zum Beispiel in Deutschland Versuche chinesischer Einflussnahme extrem kritisch gesehen. Andersherum führte die deutliche Kritik Baerbocks an der Menschenrechtslage bei ihrem Antrittsbesuch in Peking im April 2023 zum Vorwurf des »Lehrmeisters aus dem Westen« von chinesischer Seite. Wertegeleitete Politik verstricke sich oft in Widersprüchen, die sehr schwierig zu vermeiden seien, berichtet Volmer. Eine erfolgreiche Umsetzung feministischer Außenpolitik sieht er deswegen als äußerst fraglich. Wie feministische Außenpolitik trotzdem verwirklicht werden kann? »Mit Augenmaß, mit Fingerspitzengefühl, mit Empathie«, rät Volmer. Doch nicht überall trifft Baerbock auf harten Widerstand: Saudi-Arabien überlegt derzeit, dem Kreis der Unterstützer feministischer Außenpolitik beizutreten, so Außenminister Faisal bin Farhan Al Saud. Welche Maßnahmen ein Land, in dem Frauen ohne Zustimmung eines Mannes nicht erwerbstätig

werden oder international reisen dürfen, sich unter feministischer Außenpolitik vorstellt, bleibt abzuwarten.

Ein weiteres Risiko ist der Missbrauch feministischer Ideale, um den Eingriff in andere Länder zu legitimieren. So war es der Fall in Afghanistan, urteilt Matern. Offiziell wurden die Frauenrechte am Hindukusch verteidigt. Die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung fanden dabei jedoch wenig Beachtung. Die westlich geprägte afghanische Elite und deutsche Ansätze von Feminismus dominierten die Arbeit, deren katastrophales Scheitern bekannt ist. Ein Gefahrenpotenzial für ähnliche Dynamiken sieht Matern auch heute noch. Seit 2021 ist das Leben von Frauen in Afghanistan immer weiter eingeschränkt worden. Schulbildung, Universitätsbesuche wie auch Erwerbsarbeit sind schwer bis unmöglich geworden. Laut Matern bleibe Afghanistan bis heute eines der komplexesten Handlungsfelder für deutsche Außenpolitik.

Wertegeleitet, humanistisch oder doch lieber feministisch?

Die Reaktionen auf die deutsche feministische Außenpolitik sind gespalten. Die einen freuen sich, dass marginalisierte Personen

Podiumsdiskussion im Rahmen der Vorstellung der Leitlinien zur feministischen Außenpolitik



© Kira Hofmann/photothek.de/Auswärtiges Amt

endlich mehr gesehen und adressiert werden und begrüßen die Politik. Die anderen machen sich Sorgen um die diplomatischen Fähigkeiten Deutschlands und sehen eine erfolgreiche Umsetzung als äußerst unwahrscheinlich. Während es an den grundlegenden Inhalten wenig Kritik gibt, entflammen die Diskussionen häufig am Begriff des Feminismus. »Oft klingt in der Diskussion eine gewisse Häme mit«, so die Wahrnehmung Materns. Kritiker:innen stören sich an dem Feminismus-Begriff im Titel der Strategie, weil sie finden, dass »humanistisch« oder »wertegeleitet« passendere Namen wären. Wenn der größte Streit sich daran entfacht, ist das nicht unbedingt ein schlechtes Zeichen für die Strategie an sich. Doch die gesellschaftliche Akzeptanz der Politik und damit auch ihre Durchsetzungskraft leiden darunter.

Kritisiert werden kann, dass der Aufschrei vorhersehbar war. Das Außenministerium hätte sich besser vorbereiten können, so die Einschätzung Materns, beispielsweise indem man feministische Inhalte und nicht den Begriff in den Vordergrund stelle. So hätte man womöglich einen größeren Teil der Bevölkerung mitnehmen können. Bei der Präsentation der Leitlinien feministischer Außen- und Entwicklungspolitik im März hat die Kommunikation gut funktioniert. Baerbock wählte als Beispiel für die Wichtigkeit des Ansatzes den Bau von Sanitäreinrichtungen, die den Hygiene- und Sicherheitsbedürfnissen von Frauen gerecht werden sollen. Hier wurde die Politik von ihrer ganz praktischen Seite gezeigt.

Wie weit Prinzip und Praxis feministischer Außenpolitik am Ende auseinanderklaffen, wird nur die Zeit zeigen können. Ähnlich wie bei der Gewährleistung von Menschenrechten können die feministischen Ideale als eine Utopie gesehen werden, bei der jeder kleine Schritt in die richtige Richtung führt.



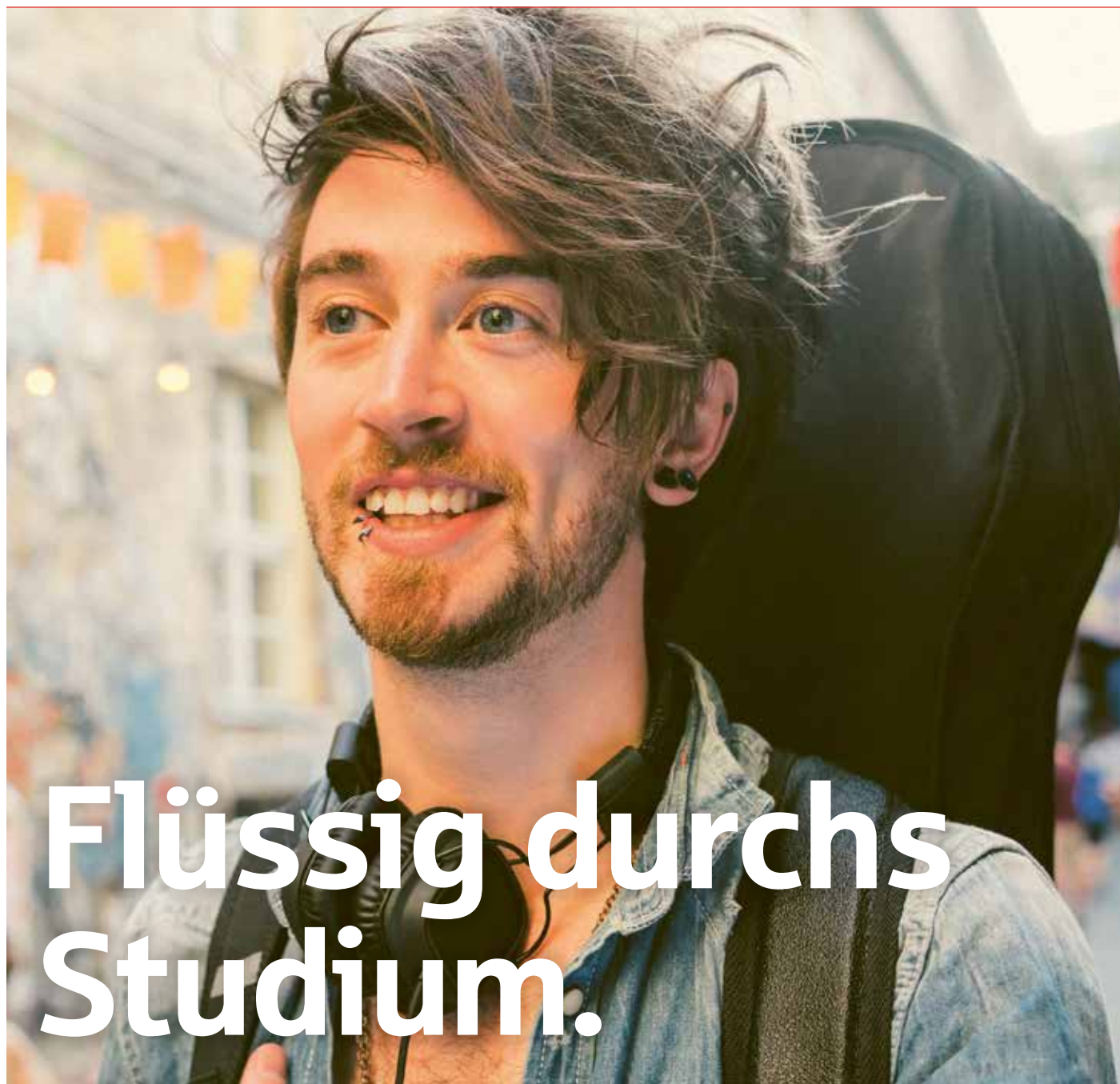
© Süddeutsche Zeitung

Tobias Matern studierte von 1998 bis 2004 am OSI sowie in Washington, D.C. Politikwissenschaft, Journalismus und Public Policy. Nach Stationen in Delhi und Bangkok als Korrespondent für Süd- und Südostasien ist er heute Chef vom Dienst für Außenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung.



© Ludger Volmer

Ludger Volmer studierte Sozialwissenschaft und Pädagogik an der Ruhr-Universität. Schon seit seiner Jugend aktiv in verschiedenen sozialen Bereichen, gehörte er später zu den Gründungsmitgliedern der Grünen, für die er mehr als 15 Jahre im Bundestag saß und deren Partei- und Fraktionsvorsitzender er war. Von 1998 bis 2002 war er Staatsminister im Auswärtigen Amt. Außerdem hatte er diverse Lehraufträge inne, unter anderem am OSI, und publizierte zahlreiche Artikel und Bücher.



Flüssig durchs Studium.

**Ob Studienbeginn,
Auslandssemester oder
Nebenjob – wir bieten
Ihnen von Konto über
Karte bis Studienkredit
alles aus einer Hand.**

berliner-sparkasse.de/studi





KEVIN KÜHNERT

»Man ist ohne Zertifikat kein schlechterer Mensch«

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert hat sein Studium am OSI erfolgreich abgebrochen. Und das an der Fernuni Hagen auch. Politische Aktivitäten hatten sein Leben »auf den Kopf gestellt«. Er bedauert es nicht.

KEVIN KÜHNERT IM INTERVIEW - VON CHRISTIAN WALTHER

OSI-Zeitung: Sie haben mal an der FU Publizistik und Politik studiert, waren dann noch länger eingeschrieben, haben es aber letztlich abgebrochen – warum?

Kevin Kühnert: Ich habe damals den Gedanken verfolgt, Journalist zu werden und angenommen, dass dieses Studium dafür eine gute Idee wäre. Letztendlich ist es anders gekommen. Das lag einerseits daran, dass ich bereits frühzeitig und vielfältig im politischen Ehrenamt engagiert war. Ich habe außerdem viel neben dem Studium arbeiten müssen, da ich leider keinen BAföG-Anspruch hatte. Es hat allerdings auch eine Rolle gespielt, dass der Studiengang mir zunehmend ungeeignet erschien, meine beruflichen Ziele zu realisieren.

Es gab dann noch einen zweiten Anlauf an der Fernuni Hagen. Welche Erwartungen verbanden sich mit diesem Wechsel? Und warum wurde da nichts draus?

Meine Erwartungen an das Fernstudium waren schlicht und ergreifend, quick and dirty den Abschluss hinzubekommen. Das hätte sicherlich auch funktioniert, wenn ich nicht im November 2017 unter den besonderen damaligen Umständen zum Bundesvorsit-

zenden der Jusos gewählt worden wäre. Die unerwartet notwendig gewordene NoGroko-Kampagne und alles, was danach folgte, haben meinen Alltag nachhaltig auf den Kopf gestellt. Ich habe damals für mich eine Entscheidung getroffen und würde es wieder so tun.

Sie werden von vielen noch immer als ein Wunderkind der deutschen Politik gesehen. Aber wird man nicht sehr politikabhängig, wenn es keinen Plan B mit Berufsausbildung oder Studienabschluss gibt?

Ich habe seit dem Abitur vor 15 Jahren meinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit bestritten. Selbstverständlich kann ich das auch in einer Zukunft ohne politisches Mandat, so wie Millionen andere Menschen in Deutschland. Übrigens konnten die über Maskendeals und andere Skandale gestolperten Politiker alle tolle Bildungszertifikate vorweisen. Wer also glaubt, fehlende Abschlüsse würden korrumpieren und ein Zertifikat immunisiere dagegen, der irrt.

Die FU hat über zehn Prozent Studierende (oder zumindest Eingeschriebene) im 12. oder einem höheren Semester. Wann

würden Sie dazu raten, Uni Uni sein zu lassen und einen anderen, vielleicht Ihren Weg, einzuschlagen?

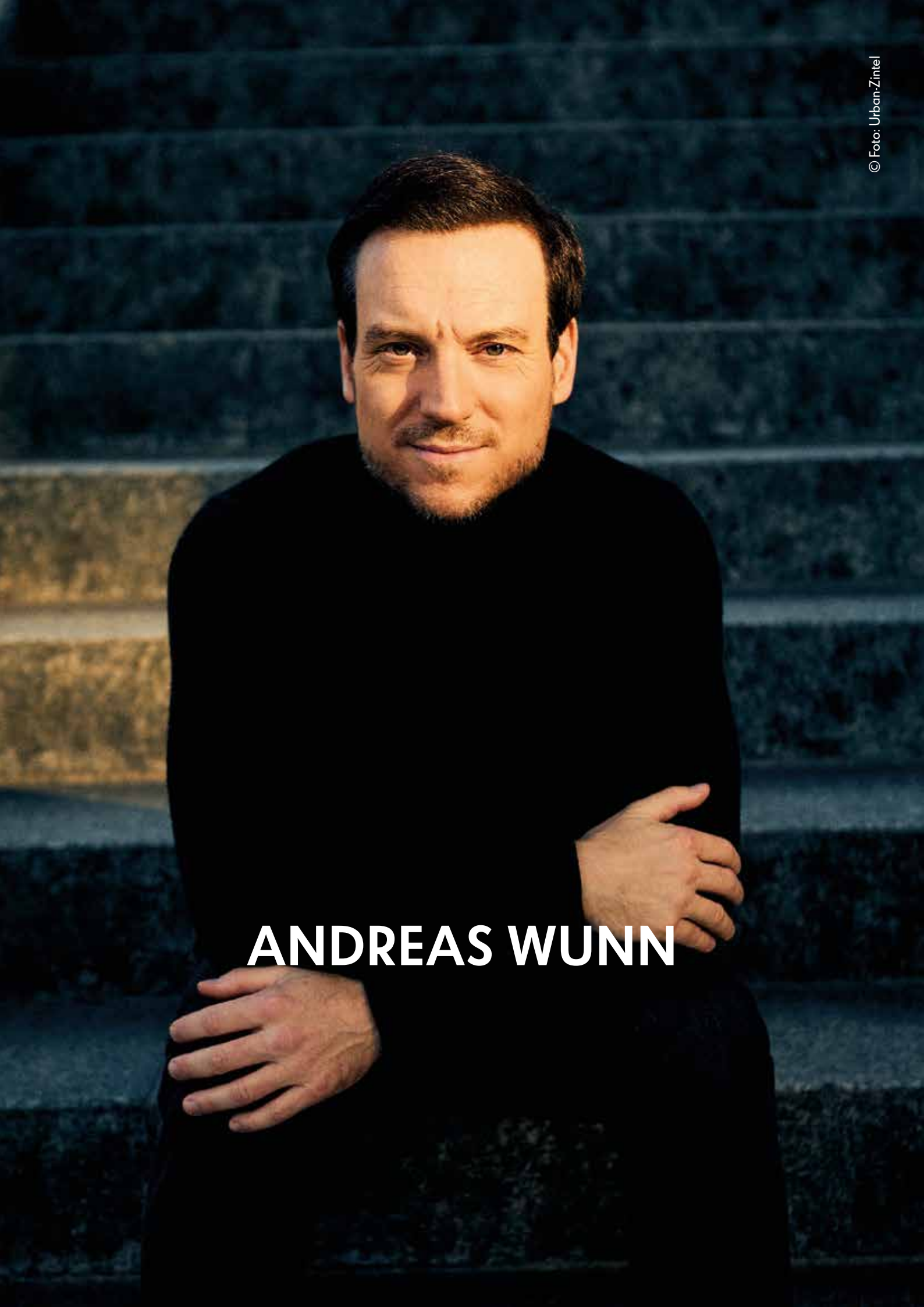
Das lässt sich nicht pauschal beantworten, da die Gründe dahinter sowie die Lebensumstände hochgradig unterschiedlich sind. Ich möchte auch keine Studienabbrüche propagieren und beglückwünsche alle von Herzen, die erfolgreich abschließen – und sei es nach vielen Semestern. Nur sollen alle anderen wissen: Man ist ohne Zertifikat eben kein schlechterer Mensch, und es wird immer Möglichkeiten geben, seine Talente sinnvoll einzubringen.

**FACEBOOK:
@osi-zeitung**



**TWITTER:
#osi-zeitung**



A portrait of a man with short dark hair and a light beard, wearing a black turtleneck sweater. He is sitting on a set of wide, dark stone steps. The lighting is dramatic, with strong highlights on his face and hands, and deep shadows on the steps and his sweater. He is looking directly at the camera with a slight smile.

ANDREAS WUNN

Wie wird man Journalist, Herr Wunn?

ZDF-Journalist Andreas Wunn spricht über die Voraussetzungen für einen Einstieg in den Journalismus, über die Gemeinsamkeiten von Geflügelzüchter-Tagungen und NATO-Gipfeln sowie über sein Debüt als Romancier.

VON TILL HENNIGES

Ein hoch frequentierter Italiener im Berliner Stadtteil Mitte: Schwer bepackt erscheint Andreas Wunn und bestellt sich mit den Worten »Ich hab ja Feierabend« ein Glas Wein, dazu eine Minestrone sowie ein Pasta-Gericht, um seinen Arbeitstag ausklingen zu lassen. Ein Blick auf die Uhr verrät jedoch: Es ist gerade einmal 12 Uhr mittags. Soeben sind zwei Menschen aufeinandergetroffen, die in derselben Stadt und doch in unterschiedlichen Zeitzonen leben. Die eine Zeitzone ist die MEZ und die andere nennt sich Journalismus.

Andreas Wunn ist Vollblutjournalist. Von 2010 bis 2016 war er Südamerika-Korrespondent für das ZDF; seither ist er Redaktionsleiter und Moderator des ZDF-Morgen- und Mittagsmagazin im Hauptstadtstudio Unter den Linden.

Schon als Kind hat sich der 48-jährige dem Journalismus verschrieben. Um sich diesen Wunsch zu erfüllen, begab sich Wunn auf eine journalistische »Ochsentour«. Denn auch wenn es viele Wege in den Journalismus gibt, so ist Wunns Werdegang doch eine Art Blaupause für an Berichterstattung Interessierte. Wie also wird man Journalist, Herr Wunn?

Früh übt sich

Bereits von seinem Babysitter beeinflusst – dem späteren OSI-Alumnus und Chinakorrespondenten Frank Sieren –, wollte Wunn »nie was anderes werden«. Sierens Erfahrungsberichte vom Schülerpraktikum bei RTL weckten im jungen Wunn eine Neugier auf unmittelbares Erleben und ohne Plan B stürzte er sich in die Welt des Journalismus. Zunächst sammelte er erste Erfahrungen bei der Schülerzeitung und beim Radio. Doch dass er im Journalismus auch wirklich richtig war, zeigte sich ihm erst mit Ende 20. Kurz nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 in New York gab Wunn in der Begrüßungsrunde seines Volontariats an, dass er gerne als Reporter vor Ort gewesen wäre. Während ihm teilweise Voyeurismus attestiert wurde, lehnte sich ein leitender ZDF-Redakteur zurück, klopfte auf Wunns Schulter und sagte: »Junge, bist schon richtig hier.« Wunn wurde klar: Der Journalismus ist sein Zuhause.

Doch um heute mit dem Moma, dem Morgenmagazin, täglich rund vier Millionen Zuschauer zu informieren, hat Wunn einiges getan. Nach seinem Abitur begann der geborene Rheinland-Pfälzer 1996 sein Politikwissenschaftsstudium am OSI, das in

einem Diplom endete. Davon versprach er sich »eine gute Basis für die journalistische Arbeit«. Er eignete sich Wissen über Politik, Gesellschaft und deren Prozesse an und sammelte parallel journalistische Erfahrungen als Praktikant oder freier Mitarbeiter im In- und Ausland.

Lokaljournalismus: Das Tor zur Welt

Bis heute legt Wunn, der als Redaktionsleiter viele Bewerbungen erhält, großen Wert auf journalistische Vorkenntnisse und Lebenserfahrung. Auf große Namen hält er dabei nicht viel: »Mich beeindruckt es überhaupt nicht, wenn jemand ein Praktikum beim heute journal oder der Tagesschau gemacht hat. Da kann ein Praktikant nichts machen. Mich beeindruckt viel mehr, wenn jemand bei einer Lokalzeitung oder einem Lokalradio war und ich weiß, der hat geschrieben, veröffentlicht und weiß, wie man Interviews führt.«

Dass der Lokaljournalismus der beste Ort ist, um an den Beruf herangeführt zu werden, weil man auch selbst aktiv werden und gestalten kann, unterstreicht Wunn mehrfach. Was nämlich nicht zu vernachlässigen sei, ist, dass auch dem Journalismus eine Menge an Handwerk zu Grunde liegt. Dabei zieht Wunn einen unorthodoxen Vergleich: »Die lokalen Geschichten sind am wichtigsten, denn am Ende ähnelt es sich sehr, ob ich einen Beitrag von zweieinhalb Minuten über die Geflügelzüchter-Tagung in Brandenburg oder über den NATO-Gipfel der Außenminister in Oslo mache. Das ist handwerklich gar nicht so weit voneinander entfernt.«

Und Handwerk lernt man am besten in der Praxis. Auf Wunns OSI-Diplom folgten weitere Stationen in verschiedenen Redaktionen, ehe er 2002 sein Volontariat beim ZDF antrat.

Für Wunn ist ein Masterabschluss ohnehin keine Voraussetzung für journalistische Arbeit, wobei er natürlich nicht »schade«. Ge-

rade wenn die Absolvent:innen nach ihrem Bachelor erst Anfang 20 sind, kann ein Master für weitere Reife sorgen. Ersetzen kann er die essentiellen journalistischen Vorerfahrungen aber nicht. Und die werden, so Wunn, immer wichtiger, denn bei der Auswahl von Volontariatsbewerbungen spielen inzwischen Vielfaltsaspekte teilweise eine größere Rolle als Bildungsabschlüsse. So senken manche Häuser die Hürden, um auch beim Bildungsgrad und der sozialen Herkunft diverser zu werden. Praxiserfahrung ist und bleibt somit oberstes Gebot und kann bereits zu einer Anstellung führen, dennoch legt Wunn angehenden Journalisten ein Volontariat wärmstens ans Herz: »Es ist kein Muss, aber total empfehlenswert. Man lernt alles nochmal von Grund auf. Das war für mich eine Investition, um dann beim ZDF meinen Fuß in der Tür zu haben.«

»Machen, Machen, Machen!«

Angehende Journalisten müssen aber auch bereit sein, Entscheidungen zu treffen. Wunn erprobte alle möglichen journalistischen Arbeitsweisen und erkannte: »Beim Fernsehen hat's mir aus zwei Gründen am besten gefallen: Arbeiten mit Bildern und im Team. Beides haben Zeitung und Radio nicht.« Für eine solche richtungsweisende Entscheidung empfiehlt Wunn: »Machen, Machen, Machen! Seiner Leidenschaft folgen, sich nicht einschüchtern lassen und sicher sein, dass die anderen auch nur mit Wasser kochen.«

So entwickelte sich auch der Wunsch, als Auslandskorrespondent zu arbeiten, wo er seine Neugier für das Erleben vor Ort mit seiner Arbeit verknüpfen konnte. 2010 wurde er vom ZDF als Südamerika Korrespondent nach Rio entsandt. Dabei unterscheidet Wunn zwischen Reisestudios und Korrespondentenplätzen in politischen Hochburgen eng verbündeter Staaten. In

Washington, Paris oder London herrscht ein enormer Aktualitätsdruck und man arbeitet viel mit Agenturmaterial und den dort ansässigen Sendern. In Reisestudios ist man hingegen andauernd auf Drehreisen im Land unterwegs und kann sich die Themen eher aussuchen, muss dann aber auch mal länger auf einen Sendeplatz warten. Mit der Fußball-WM und den Olympischen Spielen in Brasilien bekam dann aber auch Wunns Standort große Aufmerksamkeit und hohen Aktualitätsdruck. Seine Lieblingsprojekte waren jedoch die Rettung der in einer Grube gefangenen Bergleute in Chile, auf die die ganze Welt schaute, sowie seine Reise zur Guerilla FARC im kolumbianischen Urwald.

Nach sechs Jahren Reisen, Drehen, Geschichten erzählen aus der großen weiten Welt war die Leitungsposition beim Moma in Berlin – wo er einst ein Praktikum absolvierte – eine Chance, die Wunn nicht ausschlagen wollte – auch aus Rücksicht auf die Familie heißt es nun Unter den Linden statt Urwald.

Eine Woche im Monat moderiert er noch selbst, dann klingelt sein Wecker mitten in der Nacht. In jenen Wochen informiert Wunn die Bevölkerung, doch lebt gleichzeitig ein Stück weit an ihr vorbei. »Alles steht auf dem Kopf. Das ist wie in einer anderen Zeitzone zu leben.« Für ihn ist die Tageschau-Fanfare das Gute-Nacht-Lied: Um 20 Uhr ins Bett, um 3 wieder raus.

Literarischer Ausgleich

Trotz dieser kräftezehrenden Arbeit hat Wunn die Zeit gefunden, nach drei Sachbüchern seinen Debütroman »Saubere Zeiten« zu schreiben und ihn zu Beginn dieses Jahres zu veröffentlichen. Er handelt von einem jungen Journalisten, der sich auf die Suche nach der Geschichte des verlorenen Erbes seines Großvaters macht. Für den Roman bediente sich Wunn seiner eigenen Familiengeschichte als Grundgerüst, denn sein Großvater erfand in den 1940ern das

Waschmittel Rei und erlangte großen Reichtum, ehe er alles in den 1950ern verlor.

Nach Jahren im Rhythmus der Zwei-Minuten-Stücke für das Fernsehen war der Umstieg auf einen 341-Seiten-Wälzer ein erstaunlicher Formatwechsel: »Es war die Sehnsucht nach Länge und Nachhaltigkeit und begann in Brasilien. Ich erlebe so viele interessante Sachen, kann aber meistens nur zwei Minuten darüber berichten. Fernsehen ist flüchtig und auch irgendwann wieder vergessen. Ein Buch ist das genaue Gegenteil. An die Länge muss man sich gewöhnen. Am Ende ist es aber fast mehr Disziplin als Inspiration.«

Weitere Bücher sollen folgen, doch hauptberuflich bleibt Wunn dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhalten. Die Aufgabe des ÖRR hat Wunn sich längst zu seiner Mission gemacht: »Ich habe keine politische Agenda. Ich will ausgewogen berichten und Geschehnisse aus verschiedenen Blickwinkeln so darstellen, dass sich die Zuschauer:innen selbst eine Meinung bilden können.«



© Foto: Urban-Zintel



LILLEMOR MALLAU

MIT AUTORIN SOFIE EIFERTINGER

»Das Patriarchat wird sich nicht von selbst abschaffen«

Zwei Frauen vom OSI, zwei Generationen: ein Balkongespräch mit der grünen Unternehmerin Lillemor Mallau über Mächtige, Mütter und Feminismus

VON SOFIE EIFERTINGER

Lillemor Mallau kommt frisch von einer Geschäfts- und Urlaubsreise zurück, ist voller Tatendrang und erholt. Unsere Autorin Sofie Eifertinger ist frisch Mutter geworden, kommt aus dem Stillen-Ruhen-Stillen-Rhythmus langsam wieder in der Außenwelt an. In ihrem geteilten Dachgeschoss im Prenzlauer Berg steht die OSI-nerin Lillemor der OSI-Studentin Sofie mit Rat und Tat zur Seite – oft mit Tee oder Kaffee bei der morgendlichen Yoga-Session auf dem gemeinsamen Balkon. Wie so oft geht es bei ihrem Gespräch um Macht und Geschlechtergerechtigkeit im Showbusiness – und in der Politik.

OSI-Zeitung: Als ich geboren wurde, gabst Du gerade Deine Abschlussarbeit am Otto-Suhr-Institut ab. Wie war es damals am OSI? Wie hat dich das Studium geprägt?

Lillemor Mallau: Damals wurden wir noch von Dozierenden offen angebaggert. Ein Professor lud mich zu sich nach Hause ein, um angeblich eine Hausarbeit zu besprechen. Daraus wurde ein Abendessen, er kochte italienisch, versah den Teller mit selbst gezüchtetem Basilikum und fragte nach dem Essen, ob ich bleiben will. Schon als Mädchen habe ich gegen mächtige Männer und Autorität rebelliert. Zuerst im Privaten, später im Business. Ich wollte immer wissen, wie Macht funktioniert. Geprägt hat mich die machtkritische Analyse der OSI-Denkschule. Die Fähigkeit zur Abstraktion, herauszufinden, wo die Hebel sind.

Das haben wir gemeinsam. Was brachte Dich von Politikwissenschaften ins Show-business?

Ich habe damals die Wahl gehabt, zur UN oder Amnesty International in New York zu gehen oder zu Greenpeace in Hamburg. Vor Ort kamen mir diese jedoch als zahnlose Institutionen vor, die eigentlich nur das Elend der Welt dokumentieren und verwalten. Greenpeace fand ich radikal und gut – sie haben sich aber erst sechs Monate nach meinem Bewerbungsgespräch gemeldet.

Inzwischen war ich vom Inhaber einer großen Modelagentur gefragt worden, ob ich nicht die Projektleitung machen möchte für den »Längsten Laufsteg der Welt«. Ich liebe Herausforderungen und diese habe ich sofort angenommen.

Heute versuche ich das auch in der Politik – Dinge wirklich zu bewegen, indem ich mein unternehmerisches Tempo, mein diverses Netzwerk und meinen Charakter als Brückenbauerin zwischen teils sehr unterschiedlichen Interessengruppen in Gestaltungsprozesse einbringe.

Du bist aktiv bei den Grünen. Wie erlebst Du Gleichstellung?

Bei Bündnis 90/ Die Grünen eingetreten zu sein, fühlte sich an wie »nach Hause kommen«. In meinem Kreisverband sind es die Menschen, die mich faszinieren. Da gibt es

viele Freundschaften, Vertrauen und Nähe. Ich bin als West-Berlinerin sehr gerne Mitglied im größten ostdeutschen Kreisverband in Pankow.

Für mich wird Gleichberechtigung und Gleichstellung nirgendwo mehr gelebt als bei den Grünen: Ich liebe es, wenn die Frage durch die Moderation in einem Talk gestellt wird »Will sich jetzt noch eine Frau melden? Sonst quotiere ich rein und schließe die Rednerliste«. Das hat nichts damit zu tun, dass ich Männer nicht mag, aber nur so verhindert man endlose, inhaltsleere Wortmeldungen von Männern. Das Patriarchat wird sich nicht von selbst abschaffen, auch nicht in unserer Partei.

»Ungleichheit und Diskriminierung sind kein individuelles, sondern ein strukturelles Problem, das wir auch strukturell lösen müssen« sagt Lisa Paus, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Welche Maßnahmen wären das in deinem Umfeld?

Die paritätische Quote bei der Besetzung machtvoller staatlicher Institutionen – überall, wo der Staat als Arbeitgeber auftritt. Genauso muss sie für DAX-Konzerne und große Unternehmen gelten, die mit dem Staat als Auftraggeber zusammen arbeiten. Regelmäßige Rechenschaftsberichte, Strafzahlungen oder Ausschlüsse von Fördergeldern finde ich sinnvoll. Und ein Punktesystem für Arbeitgeber: Nur, wenn die Qualifikation nicht gleichauf ist, dann zieht für mich die Qualifikation mehr.

Die FDP-Abgeordnete Judith Skudelny hat gesagt: »Wenn ich nicht da bin, wenn mein Kind nachts weint, fällt mir das schwer. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass mit dem Mandat sowohl persönliche Opfer als auch welche für die Familie verbunden sind.« Mich verunsichert diese Aussage – wie siehst Du das?

Die Aussage ist für mich persönlich ganz schwierig. Ein Kind braucht seine Eltern, seine Mutter, ebenso wie Verwandte, Nachbarn,

den Bäcker von nebenan. Es sollte niemandem etwas zum Opfer gebracht werden müssen. Da läuft etwas schief in unserer Gesellschaft. Für mich gehört zum Elternsein dazu, das eigene Ego zurückzustellen und auch, die eigene Karriere unter das Wohl meines Kindes unterzuordnen – das gilt für beide Elternteile.

Familienfreundlichkeit, Quotierung, Gleichstellung. Die Vokabeln existieren bereits. Was braucht es, um ihre Realität in der Gesellschaft zu verankern?

Den Status Quo zu bewahren bedeutet in einer Welt, die sich immer schneller dreht, dass wir nicht nur einen Stillstand erleben, sondern sogar ein Absterben: Ein Absterben unserer Vitalität, unserer Schaffenskraft, unseres Zusammenhalts. Ein Absterben der Potentiale, die sich nie entfalten durften, weil der Status Quo verlangt, dass das Alte erhalten bleibt und keinen Platz macht für das Neue. Ich würde mir Mut wünschen in der Gesellschaft, die Zukunft zu gestalten.

Damit rollen wir unsere Matten wieder zusammen, wünschen uns gutes Gelingen und starten beide in den Tag.



Lillemor Mallau absolvierte 1996 am Otto-Suhr-Institut ihr Diplom mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit. Seit ihrem Abschluss bewegte sie sich zunächst in der Mode- und PR-Branche, um dann 1999 als Unternehmerin mit Starlounge GmbH Event- und Consultingprojekte von Kino Colosseum bis zur kulturellen Umnutzung der Belgienhalle umzusetzen. Seit 2017 ist sie aktives Mitglied von Bündnis 90 / Die Grünen.



KARL-HERMANN FLACH

Name: Flach
Vorname: Karl-Hermann Arthur Walter
Geburtsdatum: 17. 10. 1929
Wohnung: Berlin-Wilmersdorf, Str. 58 E
Wiesbadener
Beruf: Redakteur

Dieser Ausweis berechtigt zur Teilnahme
an sämtlichen Vorlesungen und Übungen

Deutsche Hochschule für Politik
1. A.

15. 12. 1949

»Seine besondere Begabung liegt eindeutig auf journalistischem Gebiet«

Karl-Hermann Flach war einer der ersten Studenten der Deutschen Hochschule für Politik und wurde ein Star des deutschen Sozialliberalismus. Wir haben uns seine Studentenakte angeschaut.

VON CHRISTIAN WALTHER

Als die FU 1948 gegründet wurde, war die Politikwissenschaft noch nicht dabei. Erst 1950 wurde – gemeinsam mit der Deutschen Hochschule für Politik – ein politikwissenschaftliches Institut eingerichtet. Beide wurden 1959 zum Otto-Suhr-Institut verschmolzen. Suhr war Direktor der Deutschen Hochschule für Politik.

Es war knapp, sehr knapp für Karl-Hermann Flach, damals im Oktober 1949: Vierzehn seiner politischen Freunde wurden verhaftet und vor ein sowjetisches Militärtribunal in Schwerin gestellt. Drei wurden in Moskau hingerichtet, die übrigen zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt. Der Vorwurf: Spionage, antisowjetische Propaganda und Aufbau einer konterrevolutionären Untergrundorganisation. Tatsächlich stand der linksliberale Kreis um einen Jurastudenten namens Arno Esch in offenem Gegensatz zu SED und Stalinismus. Und Karl-Hermann Flach gehörte dazu. Doch es gelang ihm, in den Westen zu entkommen.

Flach, Jahrgang 1929, wurde in Königsberg als Sohn des Sägewerksdirektors Karl Flach und seiner Frau Margarethe geboren. Er war Mitglied der Hitlerjugend (»Rottenführer«) und

als 15-Jähriger im Kriegseinsatz: »Marinehelfer, Volkssturm, HJ-Division« schreibt er später in seinen Lebenslauf.

Der Vater wird vom sowjetischen Geheimdienst NKWD verschleppt und taucht nie wieder auf, er selbst kann sich im Januar '45 nach Mecklenburg durchschlagen. Zuerst arbeitet er als kaufmännische Hilfskraft in einem Holzwerk, dann kehrt er zurück in die Schule – jetzt in Rostock. Im Sommer '47 – Flach hatte sich inzwischen der Liberaldemokratischen Partei (LDP) angeschlossen – wird er in die 11. Klasse versetzt. Das Zeugnis weist Russisch als sein schwächstes Fach aus: »Noch genügend«. Doch Flach bekommt Tuberkulose, Tbc, muss erstmals in eine Heilanstalt, bricht die Schule ab. Er beginnt, als freier Journalist für das in Berlin erscheinende LDP-Parteiorgan Der Morgen zu arbeiten und für den Nachrichtendienst ADN. Im folgenden Sommer fängt er ein Volontariat an bei der Norddeutschen Zeitung, einem regionalen Parteiblatt der LDP.

»infame Beleidigung einer Person des öffentlichen Lebens«

Schon bald wird Flach von Rostock in die Landeshauptstadt Schwerin versetzt, wird

Redaktionsassistent, Redakteur und macht schließlich sogar die Urlaubsvertretung für Chefredakteur Helmut Bulle. Der allerdings wird bald darauf nach anhaltenden Auseinandersetzungen mit der sowjetischen Militäradministration verhaftet.

Im Herbst ,49, nur wenige Tage nach Gründung der DDR, endet Flachs Tätigkeit für die Norddeutsche abrupt. Er wusste zwar von einer ihm drohenden Anklage wegen »infamer Beleidigung einer Person des öffentlichen Lebens«, nämlich eines SED-Landrates, doch als am 18. Oktober die Verhaftungswelle gegen den Kreis um Arno Esch losbrach, war ihm klar, dass ihn seine Tbc nicht vor der Haft schützen würde. Aus einer Vorstandssitzung der LDP heraus – Flach war mittlerweile Mitglied des Landesvorstands – begibt er sich auf Flucht nach West-Berlin.

Er durchläuft das Notaufnahmeverfahren und gibt an, dass er eine Beschäftigung bei der Presse anstrebt oder ein Studium an der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP), die am 15. Januar ,49 eröffnet wurde. Beides klappt. Flach, der kein Abitur hat, beantragt die Zulassung zum Vollstudium für das bereits laufende Semester. Dazu führt er ein persönliches Gespräch mit dem Direktor, dem späteren Regierenden Bürgermeister Otto Suhr (SPD). Suhr stimmt einer Zulassung zu; Flach besteht die »Begabtenprüfung«.

Die damals üblichen Studiengebühren werden ihm – er ist inzwischen als Flüchtling vom Hauptsozialamt anerkannt und lebt zunächst im Wesentlichen von 70 DM Sozialunterstützung – erlassen. Er ist als Untermieter in der Wiesbadener Straße

Aus dem Archiv der FU: Studentenausweis 552 der Deutschen Hochschule für Politik

Nur gültig für das abgestempelte Semester

Winter-Semester 1949/50 belegt	Sommer-Semester 1950 belegt
Gebühren bezahlt	Gebühren bezahlt
Winter-Semester 1950/51 belegt	Sommer-Semester 1951 Beurlaubt
Gebühren bezahlt	Winter-Semester 1951 Beurlaubt
Sommer-Semester 1952 belegt	Winter-Semester 1952 belegt
Sommer-Semester 1953 belegt	Winter-Semester 1953/54 belegt
Sozial-Stipendium	Gebühren bezahlt

Name: F l a c h
Vorname: Karl-Hermann Arthur Walter
Geburtsdatum: 17. 10. 1929
Wohnung: Berlin-Wilmersdorf, Wiesbadener Str. 58 E
Beruf: Redakteur

Dieser Ausweis berechtigt zur Teilnahme an sämtlichen Vorlesungen und Übungen

Deutsche Hochschule für Politik
Berlin, den 15.12.1949



untergekommen und zieht 1951 um in die Sybelstraße. Die DHfP residiert in ihren Anfängen ganz in der Nähe: Albrecht-Achilles-Straße 65/66. Schon bald aber zieht auch sie um: in die Badensche Straße 50-51, später Sitz der Fachhochschule für Wirtschaft, heute der Hochschule für Wirtschaft und Recht.

»entscheidende Punkte übersehen«

Flach nutzt das breite Studienangebot der DHfP: Er ist bei Stammer und setzt sich mit »Theorie und Praxis der pressure group« auseinander und bei Dovifat mit »Film

als publizistischem Mittel«. Er hört Wirtschaftspolitik, Statistik, Verfassungsrecht. Die Ökonomin Brigitta Schieb beurteilt seine Beteiligung am Seminar »Wie lese ich den Wirtschaftsteil einer Tageszeitung« mit »gut, teils besser«. Ossip K. Flechtheim urteilt, Flach habe bei seinem Referat zur Zukunft der amerikanischen Politik »entscheidende Punkte übersehen«, kommt aber wegen des guten Vortrags zu einem »voll befriedigend«.

Zugleich engagiert sich Flach im LSD, dem Liberalen Studentenbund Deutschlands, und als deren Fraktionschef im Studentensparlament der DHfP, ferner im Landesvorstand der Deutschen Jungdemokraten und in der FDP.

Zwei Semester muss sich Flach beurlauben lassen, weil seine Tbc nicht ausgeheilt ist und er in die Lungenheilstätten St. Blasien und Wehrawald eingewiesen wird. Ihm werden mehrere Rippen entfernt – er bleibt zu »66 2/3 % erwerbsbehindert«.

Doch Flach lässt sich nicht bremsen. Zur Finanzierung des Studiums arbeitet er als freier Reporter beim Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR) und bei in seinen Lebensläufen nicht näher genannten Zeitungen sowie für das »Informationsbüro West«, eine auf Informationen aus der DDR spezialisierte und von der Bundesregierung finanzierte Agentur.

Am Ende des Studiums steht die Diplomprüfung, die er am 21. November 1953 mit der Gesamtnote »gut« besteht. Die Teilnoten für Theorie und Empirie der Politik fallen besser, die für Außenpolitik schlechter aus – am besten wird der Ergänzungsbereich Publizistik bewertet. Kein Wunder also, dass Otto Suhr ihm bescheinigt, »dass Herr Flach nach übereinstimmendem Urteil seiner Lehrer eine überdurchschnittliche Leistung aufzuweisen hat. Seine besondere Begabung liegt eindeutig auf journalistischem Gebiet..«



Nach seinem Weggang aus Berlin blieb Flach dem Journalismus treu. Er wechselte zwar zeitweilig hauptamtlich in die Dienste der FDP, stieg aber 1962 als Leiter der Innenpolitik in die Redaktion der Frankfurter Rundschau (FR) ein, wurde geschäftsführendes Mitglied der Chefredaktion und zuletzt zusätzlich auch Prokurist des Verlags. Vor allem seinem Wirken wird die linksliberale Profilierung der FR zugeschrieben.

Manifest des sozialliberalen Aufbruchs

1971 publizierte Karl-Hermann Flach seine Streitschrift »Noch eine Chance für die Liberalen«, die zum Manifest des sozialliberalen Aufbruchs in der FDP wurde: »Die Befreiung des Liberalismus aus seiner Klassengebundenheit und damit vom Kapitalismus ist ...die Voraussetzung seiner Zukunft.«

Er selbst meldete sich auf dem Bundesparteitag 1971 »aus der Reserve in den aktiven Dienst der FDP zurück« und wurde General-

sekretär der Partei, die ihre Programmarbeit bald darauf mit den legendären »Freiburger Thesen« krönte.

Karl-Hermann Flach starb bereits im August 1973, mit gerade einmal 43 Jahren.

Jutta Roitsch, lange Ressortleiterin Wissenschaft bei der Frankfurter Rundschau, berichtete 2006 bei einer Ringvorlesung im Otto-Suhr-Institut von der innigen Beziehung zwischen Redaktion und Flach. Mit einer Petition hatte sie Flach 1971 bewegen wollen, nicht zur FDP zu wechseln. Er sei »der Garant für die Unabhängigkeit und das Profil des Blattes«.

Als Flach dann 1973 nach einem Schlaganfall nicht mehr erwachte, »saßen wir in den Redaktionen, hackten auf den Schreibmaschinen herum, schnipselten, klebten und redigierten unsere Texte mit Tränen. Ich habe eine solche Trauer und ein solches Gefühl des Verlusts in den 33 Jahren meines aktiven Journalismus nie wieder erlebt.«



LORENZ MAROLDT

Haben wir das Debattieren verlernt?

Lorenz Maroldt, Chefredakteur des »Tagesspiegel«, über den Zustand der deutschen Debattenkultur in Politik, Gesellschaft und Medien.

VON CLARA BALDUS UND SASKIA KABELITZ

April 2021, die Corona-Pandemie befindet sich auf einem ihrer Höhepunkte. Viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sind zum Erliegen gekommen: Lockdown. Einige Dutzend Videos prominenter Personen durchbrechen die vermeintliche Stille. Unter dem Hashtag #allesdichtmachen kritisieren rund 50 deutsche Schauspieler:innen, darunter Jan Josef Liefers und Heike Makatsch, die damaligen Corona-Maßnahmen. Einer der Initiatoren nennt als Anlass die Sorge, dass kritische Stimmen zur Corona-Politik nicht ausreichend gehört würden. Eine heftige öffentliche Debatte entbrennt, die Kampagne wird von vielen Seiten scharf kritisiert. Kurze Zeit später löscht die Mehrheit der Beteiligten ihre Videos. Ist das diese Cancel Culture, von der immer wieder die Rede ist?

Wenn Lorenz Maroldt auf diese Zeit zurückblickt, spricht er von einer »extrem unschönen Zeit für die Debattenkultur«, die Corona-Pandemie habe massiv zur Polarisierung beigetragen. »Es wurde nicht offen diskutiert. Entweder wurde man als Querdenker abgestempelt oder als Bill Gates-Klon verspottet; dazwischen gab es fast nichts mehr.« Auch der Tagesspiegel habe Fehler gemacht, räumt der Chefredakteur ein. Die Berichterstattung über #allesdichtmachen beispielsweise musste im Nachhinein korri-

giert werden, es seien »handwerkliche Fehler unterlaufen«, für die sich die zuständigen Tagesspiegel-Redakteur:innen in einem im Mai 2021 veröffentlichten Artikel entschuldigten. Maroldt wirkt nachdenklich: »Wir haben Menschen für ihre Kritik an einzelnen Maßnahmen vorschnell verurteilt.« Heute fragt er sich, ob diese Dynamik erst dazu geführt hat, Teile der Gesellschaft in eine extreme Ecke zu drängen.

»Gegenseitiges nicht-verstehen-Wollen«

Die Debattenkultur in Deutschland sieht Maroldt in einem eher schlechten Zustand. Die Erkenntnisse aus der Corona-Zeit lassen sich auch auf die aktuelle Weltlage übertragen: »Nicht jede Infragestellung von Waffenlieferungen an die Ukraine ist automatisch ein Einverständnis mit dem Angriffskrieg«. Den Begriff der Cancel Culture macht er sich selbst nicht zu eigen. Doch kann er verstehen, woher der Eindruck derjenigen, die sich für Äußerungen ausgegrenzt fühlen, kommt: »Wir sortieren zu schnell. Wir teilen in Lager ein, die gegeneinander kämpfen, statt in Menschen, die in Sachfragen unterschiedliche Meinungen haben.«

Nicht nur Maroldt sieht die offene Debatte in Deutschland in Gefahr. Das Institut für

Demoskopie Allensbach verzeichnet seit mehreren Jahren ein abnehmendes Freiheitsgefühl deutscher Bürger:innen im Bereich Meinungsäußerung. Eine Umfrage aus dem Jahr 2021 ergab, dass nur noch weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten glaubt, man könne in Deutschland frei seine Meinung äußern. Immer mehr Menschen fürchten gesellschaftliche Sanktionen, wenn sie gegen die sogenannte politische Korrektheit verstoßen.

Als besonders desolat empfindet Lorenz Maroldt den Debattenzustand in sozialen Medien. Durch sie könne eine kleine Gruppe einen enormen Druck aufbauen. Oftmals gehe es auf Plattformen und in Kommentaren nur noch darum, »die eigene Meinung rauszuposaunen«, auf die Reaktionen werde gar nicht eingegangen. »Die Menschen ziehen sich immer mehr in ihre eigene Blase zurück, weil sie den Eindruck haben, es geht nicht mehr um Argumente, sondern nur noch darum, wer am lautesten ist.« Interesse an einem echten Austausch bestehe nicht – stattdessen ein »gegenseitiges nicht-verstehen-Wollen«.

Erschreckend oft schlägt das in Hassrede, Beleidigungen und Gewaltandrohungen um. Nach Ergebnissen der aktuellen Hate Speech Forsa-Studie nehmen drei Viertel der Deutschen Hasskommentare im Internet wahr, ein Viertel der Befragten ist selbst davon betroffen. In der Wahrnehmung richtet sich der Hass vor allem gegen Politiker:innen und »Menschen mit anderer politischer Einstellung«. ZDF-Moderatorin Dunja Hayali zum Beispiel bekommt seit Jahren eine Vielzahl an Hasskommentaren und hat sich entschieden, die Problematik an die Öffentlichkeit zu tragen. »Wir müssen die Meinung des anderen aushalten, ohne sie sofort zu verunglimpfen«, sagte sie in einem Interview – aber es gibt Grenzen: »Es gibt kein Recht auf Hassrede«.

Veröffentlichte Meinung ist nicht gleich öffentliche Meinung

Über den Zustand der freien und ausgewogenen Debatte innerhalb der Medien wird viel diskutiert, häufig auch geschimpft. Im September letzten Jahres lösten Richard David Precht und Harald Welzer mit ihrem Buch »Die vierte Gewalt«, in dem sie zu beschreiben versuchen, wie von Leitmedien eine Mehrheitsmeinung erschaffen wird, auch wenn sie keine ist, viel Kritik aus. Maroldt sieht, dass durchaus viel Konsens zwischen den Leitmedien herrscht, betont allerdings, dass das nicht bedeute, dass diese gleichgeschaltet, oder wie Precht und Welzer sagen würden, »selbstgleichgeschaltet« seien.

Trotzdem sieht Maroldt, dass es in den Redaktionen eine zu große Einvernehmlichkeit während der Fluchtbewegung 2015, Corona und dem Krieg in der Ukraine gab. Das wiederum bedeute nicht, dass man »Rechtsextremen, Antisemiten, Reichsbürgern, Querdenkern etc. eine Plattform bieten sollte«. Aber wenn Menschen das Gefühl haben, ihre Interessen würden nicht berücksichtigt und sich deswegen radikalisieren, haben die Medienhäuser versagt, so Maroldt. Die Diskrepanz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung versteht er zum Teil sogar als Aufgabe der Medien, schließlich sei es ganz normal, dass sich das, was man unüberlegt vor Freunden im Kegelverein meckert, von dem, was man veröffentlichen würde, unterscheidet. Und das sei auch gut so. Es brauche geschützte Räume, in denen man Dampf ablassen kann. Solange man sich in Sphären der freiheitlich demokratischen Grundordnung bewegt.

Für den Zusammenhalt der Gesellschaft hält Maroldt öffentlich-rechtliche Medien für »extrem wichtig«. Auch wenn er eine Entpolitisierung der Aufsichtsgremien befürworten würde, findet er, dass es »unterm

Strich ein gutes System ist«. Insbesondere, weil so »die Unabhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Zwängen« sichergestellt ist. .

Expertise statt Erregungsspirale

Um öffentliche Debatten stärker zu versachlichen, hat der Tagesspiegel die letzten Jahre ein Netz aus internationalen Expert:innen aufgebaut, die vermehrt im Blatt zu Wort kommen. Damit versucht die Zeitung, die Erregungsspirale erst gar nicht in Gang zu bringen und Fakten statt Meinungen sprechen zu lassen. Zumal sich diese nicht einmal lohnt: »Mit Meinung macht man kein Geld«, so Maroldt. Einige Zahlen aus der Zeitungsbranche scheinen dies bei politischen Themen zu belegen. Bei den Top 50 Artikeln, die in den letzten fünf Jahren bei Spiegel + für einen Abo-Abschluss sorgten, ist kein einziger Artikel aus dem Politik-Ressort zu entdecken. Unter ihnen befinden sich zwar auch einige Wirtschafts-Artikel und zwei aus dem Ausland-Ressort, aber #MeToo-Skandale, Fynn Kliemann, Partnerschaftsberatung und psychologische Themen dominieren die Käufe.

Unter großem Arbeitsaufwand moderiert der Tagesspiegel außerdem die Kommentarspalte des Online-Angebots, um einen qualitativen Austausch zu fördern. Die Kommentarfunktion wird nachts geschlossen und eine Community Redaktion liest alles, bevor es öffentlich erscheint. Die Plattform ist »unser Wohnzimmer, wir erlauben unseren Gästen sehr viel, aber nur bis zu einer bestimmten Grenze«.

Mit Blick auf die Zukunft macht Maroldt auch das noch ungewisse Ausmaß der Künstlichen Intelligenz und die damit einhergehende Fake News-Produktion Sorgen, die unsere Gesellschaft und Medien beeinflussen werden. Doch aus Maroldts skepti-

scher Einschätzung des Status quo erwächst auch eine Hoffnung: dass »die Ermüdung über schlechte Debatten, die viele Menschen teilen, die Gesellschaft wieder näher zusammenrücken lässt«. Es wäre demokratietheoretisch und gesamtgesellschaftlich erstrebenswert, wenn wir keiner konstruktiven Debatte ausweichen und unser Gegenüber nicht für untragbar erklären, sondern uns stattdessen »fetzen und danach trotzdem ein Bier trinken gehen«.



© Foto: Clara Baldus

Lorenz Maroldt schloss 1989 sein Studium mit einer Diplomarbeit zum Thema: »Die staatliche Förderung von Rockmusik« am OSI ab. Seit 2004 ist er einer von zwei Chefredakteuren des Tagesspiegels, der auflagenstärksten Berliner Tageszeitung. 2014 gründete er den morgendlichen Berlin-Newsletter »Checkpoint«.



JANIKA SPANNAGEL

Wissenschaftsfreiheit auf dem Prüfstand

JANIKA SPANNAGEL ÜBER DEN WELTWEITEN ZUSTAND EINES WERTVOLLEN DEMOKRATISCHEN GUTS.

Die Wissenschaft spielt als Autorität und Korrektiv von Wahrheitsansprüchen eine wichtige Rolle im demokratischen Prozess – und zwar in einem Ausmaß, das in unserer komplex verflochtenen Welt in Zukunft eher noch zunehmen wird, wie Pandemie und Klimakrise verdeutlichen. Diese Aufgabe kann sie jedoch nur erfüllen, solange die Gesellschaft dem Wissenschaftssystem Legitimität zuerkennt und auch die nötige Freiheit gewährt.

Seit 2020 misst der Academic Freedom Index, der als Teil des *V-Dem-Datensatzes* herausgegeben wird, den Zustand der Wissenschaftsfreiheit weltweit. Die neusten Daten für 2022 zeigen, dass es immerhin fünf Länder gibt, in denen Wissenschaftler:innen von substantiellen Verbesserungen in den letzten zehn Jahren profitieren. Einen besonders großen Sprung hat dabei Gambia zurückgelegt und sich seit 2012 von einem geschätzten Wert von 0,49 auf 0,82 verbessert (auf einer Skala von 0 bis 1). Hier zeigt sich, wie eng die Freiheit der Wissenschaft mit einer demokratischen Grundordnung verwoben ist, denn der Aufschwung fällt mit einer politischen Öffnung seit den Wahlen 2017 zusammen. Ähnlich lässt sich auch in den Seychellen beobachten, dass die Freiheit der Wissenschaft im Zuge einer längeren Transition hin zur Demokratie deutlich angestiegen ist.

Doch nicht nur Demokratisierung spielt eine Rolle in der Stärkung der Wissen-

schaftsfreiheit: Die anderen drei aufstrebenden Länder Montenegro (0,61 auf 0,82), Kasachstan (0,25 auf 0,5) und Usbekistan (0,06 auf 0,3) haben ihre Demokratiewerte nicht im selben Maße verbessert. Jedoch gab es jeweils – mitunter von der EU geförderte – Hochschulreformprozesse, im Zuge derer laut der Einschätzung der V-Dem-Expert:innen dem Wissenschaftssystem auch (etwas) größere Freiräume und Autonomie zugebilligt wurden.

Solche Erfolgsgeschichten sind aber leider vergleichsweise rar gesät. Ihnen stehen mittlerweile 22 Länder gegenüber, in denen die Wissenschaftsfreiheit im letzten Jahrzehnt merklich abgenommen hat. Wenn wir uns die jeweiligen Bevölkerungsgrößen anschauen, ist die Diskrepanz noch düsterer: In den fünf Gewinner-Ländern leben lediglich 0,7% der Weltbevölkerung, während über 50% von Rückgängen in ihren jeweiligen Ländern betroffen sind. Denn unter den Verlierern finden sich auch die bevölkerungsreichsten Staaten der Welt: China, Indien und die USA.

Die deutsche Wissenschaft ist im weltweiten Vergleich nach wie vor vorne mit dabei, was aber kein Grund zur Selbstgefälligkeit sein sollte. In einem global vernetzten Wissenschaftssystem sind wir auch hierzulande nicht vor den Auswirkungen dieser Entwicklung gefeit. Und auch ein Blick in liberale Demokratien wie die USA, England oder Frankreich verdeutlicht, dass die Wis-

senschaftsfreiheit in übereifrigen Bestrebungen nach gesellschaftlichem Zusammenhalt und nationaler Sicherheit oder auch in einem irrtümlichen Gleichsetzen mit Meinungsfreiheit unter die Räder geraten kann.

Gerade in den USA gibt es sehr besorgniserregende Entwicklungen in einigen konservativ regierten Bundesstaaten wie Florida. Zur vermeintlichen Herstellung einer ideologischen Balance an den Universitäten und einer fehlgeleiteten Vorstellung der »demokratischen« Kontrolle über die Wissenschaft und Lehre werden dort ganze Themenfelder verbannt. Mit erschreckender Selbstverständlichkeit wird an den Grundfesten der professoralen Unabhängigkeit gerüttelt. Zwar gibt es durchaus auch wissenschaftsfeindliche Forderungen aus dem linken Spektrum, doch scheint es vor allem die kalkulierte Überreaktion darauf zu sein, die die Freiheit der Wissenschaft am effektivsten untergräbt. Von solchen Entwicklungen sind wir in Deutschland glücklicherweise weit entfernt, und doch ist auch hier mit ihren wachsenden Aufgaben eine zunehmende Politisierung der Wissenschaft zu beobachten.

Einen Lichtblick bietet immerhin der Wissenschaftsbarometer, der in repräsentativen Umfragen in den vergangenen Jahren festgestellt hat, dass die Gruppe derjenigen, die in Deutschland angeben, der Wissenschaft »voll und ganz« oder »eher« zu vertrauen, seit Beginn der Pandemie mit über 60% deutlich größer ist als in den Jahren zuvor. Damals war es lediglich die Hälfte der Befragten. An diese Entwicklung gilt es anzuknüpfen und den gesellschaftlichen Rückhalt für eine starke und freie Wissenschaft weiter zu festigen.

Das 2014 gegründete **V-Dem Institut** (Varieties of Democracy) ist ein unabhängiges Forschungsinstitut mit Sitz an der Universität Göteborg, das Ausprägungen von Herrschaftsformen der Staaten weltweit untersucht. Es wird von Regierungsorganisationen, der Weltbank und verschiedenen Forschungsinstituten finanziert.

Das **V-Dem Institut** veröffentlicht regelmäßig Datensätze zur Qualität der Demokratie, zur gesellschaftlichen Teilhabe und zu wirtschaftlichen Indikatoren. Ein jährlicher Demokratierapport beschreibt den Zustand der Demokratie in der Welt. Report und Datensätze können kostenlos von der Website des Instituts heruntergeladen werden (<https://v-dem.net>).

Janika Spannagel ist Postdoktorandin am Exzellenzcluster »Contestations of the Liberal Script« (SCRIPTS), wo sie im Projekt Science Friction zu Normen von Wissenschaftsfreiheit und deren Anfechtungen forscht. Bevor sie 2021 an die FU Berlin kam hat sie den Academic Freedom Index mitentwickelt, der von der FAU Erlangen-Nürnberg und dem V-Dem Institut in Göteborg herausgegeben wird.

A portrait of Martin Hikel, a man with short dark hair and glasses, wearing a dark blue suit jacket over a light-colored patterned shirt. He is standing outdoors with his arms crossed, in front of a green lawn and a multi-story building. The name "MARTIN HIKE" is overlaid in large white capital letters.

MARTIN HIKE

»Wir müssen die Stadt größer denken«

Ein Gespräch mit Neuköllns Bezirksbürgermeister Martin Hikel über Zukunftsvisionen für Schule, Wohnen und das, was Berlin im Inneren zusammenhält

VON JOSÉ-LUIS AMSLER UND ARIADNE LIMBOU

Vom Schreibtisch des Neuköllner Bezirksbürgermeisters aus sieht man eine vegetarische Dönerbude, eine vom gegenüberliegenden Gebäude wehende Regenbogenflagge und – mitten auf der geschäftigen Karl-Marx-Straße – eine Großbaustelle. Martin Hikel, 37, aufgewachsen im eher bürgerlichen Ortsteil Britz, empfängt uns in seinem schlicht gehaltenen Büro. An der Wand hängt eine kleine rote Leinwand, die so etwas wie den Leitspruch des SPD-Politikers offenbart: »Es ist nicht wichtig, woher du kommst, sondern wer du sein willst.«

Hikel, der von 2006 bis 2013 Mathe und Politik auf Lehramt studiert hat, ist seit 2018 Bezirksbürgermeister von Neukölln. Als Nachfolger von Franziska Giffey übernahm er damals einen Bezirk, der zwar vor allem bei jungen Erwachsenen als Sehnsuchtsort gilt, in der öffentlichen Debatte aber immer dann aufgegriffen wird, wenn es um »Integrationsprobleme«, »soziale Brennpunkte« oder »rechtsfreie Räume« geht. Obwohl die SPD bei der Berliner Wiederholungswahl im Februar ein historisch schlechtes Ergebnis einfährt, bleibt Hikel dank einer Absprache mit CDU und Grünen im Amt.

»Die SPD muss sich jetzt fragen, was eigentlich ihr Kern ist«, erklärt der Sozialdemo-

krat. Was der Partei schon seit längerem fehle, sei die gemeinsame Klammer, das verbindende Element. Außerdem würde man gerade in Berlin darunter leiden, »zu idealistische Vorschläge zu machen«, wie Hikel sagt. Die konkreten Probleme und Bedürfnisse vor Ort seien oft kleinteiliger – und trotzdem brauche es eben auch die großen Ideen, um die Stadt voranzubringen.

Gymnasien in Berlin abschaffen

Eines der Kernthemen, auf das die SPD sich laut Hikel zurückbesinnen sollte, ist die Verringerung von Ungleichheit. Alle müssten die gleichen Startchancen bekommen. Das beginne mit einer starken Bildungspolitik. »Bildung ist das Instrument zur Selbstermächtigung«, sagt Hikel, der selbst für einige Zeit an der John-F.-Kennedy-Schule in Zehlendorf unterrichtet hat. Doch wie viel Selbstermächtigung ist angesichts derzeitiger Zustände in den Berliner Klassenzimmern überhaupt möglich?

Statistisch gesehen reproduzieren viele Schulen soziale Unterschiede eher, als dass sie sie aufheben. Noch immer gilt der Satz: Akademikereltern produzieren Akademikerkinder. Hinzu kommen marode Schulgebäude und veraltete Unterrichtsmaterialien, die den ohnehin schon gravierenden Lehr-

kräftemangel vorantreiben. »Wenn du in eine Schule kommst, die räumlich verbesserungsbedürftig ist, wo die Klassen voll sind und dann auch noch zu wenig Personal da ist, dann ist das eben auch nicht attraktiv für neue Lehrkräfte«, weiß Hikel aus eigener Erfahrung.

Was also muss sich verändern, um wirklich allen Kindern die gleichen Chancen zu ermöglichen? Ausgerechnet die einst als Krisenherd verschriene Rütli-Schule in Neukölln wird inzwischen als Leuchtturm-Projekt gefeiert. Auf dem »Campus Rütli« werden Kinder heute vom Schuleintritt bis zum Abitur begleitet und können ganztags verschiedenste Freizeitangebote in Anspruch nehmen. Für Hikel das ideale Modell: »Es braucht eben nicht nur eine Schule, sondern einen Campus. Da gäbe es zusätzlich eine Kita, Jugendeinrichtungen, Sportvereine. Vielleicht auch die Möglichkeit, ein Handwerk zu lernen.« Gerade für Kinder

aus sozial benachteiligten Familien sei es wichtig, ihnen auch abseits des klassischen Schulunterrichts gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. »Wenn Eltern nicht die Ressourcen haben, ihr Kind zum Beispiel in den Schwimmverein zu schicken, wird das Kind diese Fähigkeit eben nie weiterentwickeln«, erklärt Hikel. Das Ziel sei letztlich also eine Begleitung vom Vorschulalter bis zur Berufsorientierung, von morgens bis abends. Besonders wichtig wäre Hikel in Zukunft auch die konsequente Umsetzung des Gemeinschaftsschulprinzips, also die Aufhebung von Selektionsmechanismen in der frühen Jugend. In anderen Worten: Langfristig würde Hikel das Gymnasium in Berlin abschaffen.

»Mehr an einen Metropolenraum denken«

Das derzeit größte Problem der Stadt ist nach Ansicht der Berliner die angespannte



© Foto: SPD Neukölln



© Foto: privat

Situation auf dem Wohnungsmarkt. Jeder kennt sie, die Horrorstories von der quälenden WG-Zimmer-Suche. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die durchschnittliche Neuvertragsmiete in Berlin zuletzt um 9,5% erhöht – auf 11,50 € pro Quadratmeter. Durch die Zuwanderung steigt die Nachfrage kontinuierlich, während Bauprojekte aufgrund gestiegener Kosten pausiert werden. Verglichen mit dem geschätzten Bedarf wirken die Neubauziele des Senats wie ein Tropfen auf dem heißen Stein. Entspannung ist nicht in Sicht.

Wie soll das weitergehen? Wie schafft man in einer ohnehin schon überfüllten Stadt neuen, bezahlbaren Wohnraum? »Wir müssen die Stadt größer denken, als die Grenzen, in denen wir gerade sind«, sagt Hikel. Berlin sei immer schon dezentral gewesen, die meisten Menschen blieben sowieso in ihren Kiezen. Dementsprechend wäre es nur konsequent, »mehr an einen Metropolenraum zu denken, der auch die Nachbarorte und Brandenburg mit anschließt«. Wichtig sei jetzt, gerade in den Außenbezirken die

Voraussetzungen für neuen Wohnraum zu schaffen. In 20 bis 30 Jahren könnten dort »lebendige neue Zentren« entstehen – durch eine Belebung und Aufwertung der schon existierenden Ortskerne und deren Anbindung durch einen erweiterten ÖPNV. Auch dicht besiedelte Gegenden, die eigentlich in Brandenburg liegen, könnten so organisch in die neue Supermetropole hineinwachsen.

Die Zukunft der Stadt sieht Hikel sowie so im ÖPNV: »Falls es irgendwann gar keine Autos mehr in Berlin gibt, fände ich das überhaupt nicht schlimm.« Auf kürzeren Strecken könnten sich ohnehin bald andere Fortbewegungsmittel wie Elektroroller oder selbstfahrende U-Bahnen durchsetzen. Und natürlich Fahrräder. Eine weitere Förderung des Autoverkehrs erscheint dem Neuköllner dagegen schon aus rein praktischen Gründen als sinnlos: »Bald sind wir wieder vier Millionen Menschen in Berlin, wie schon 1920. Nur hatte damals nicht jeder ein Auto.« Insofern müsse das Autofahren in der Innenstadt in Zukunft noch »unbequemer« gemacht werden – aus Klimagründen, aber eben auch, um einen Verkehrskollaps zu vermeiden.

Angesprochen auf die umstrittene Verlängerung der A100 zeigt Hikel sich unentschlossen. »Ich bin da emotionslos. Man muss einfach schauen, welchen Mehrwert das für die umliegenden Quartiere hat«. Aktuell sind für das Projekt 865 Millionen Euro eingeplant – angesichts der Baupreisentwicklung wahrscheinlich jetzt schon eine überholte Kalkulation. Darüber hinaus sehen Kritiker in dem Projekt einen immensen Rückschritt beim Klimaschutz.

»Natürlich auch mehr Konflikte in der Stadt«

Während in anderen Bundesländern offen über schärfere Einwanderungsgesetze dis-

kutiert wird, rühmt man sich im aufgeklärten Berlin seit jeher als Stadt der Vielfalt – »Bienenstich und Baklava«, wie Hikel gerne sagt. Doch was, wenn aufgrund der fortschreitenden Gentrifizierung gerade diese identitätsstiftende Pluralität verloren geht? »Das ist ein Drohszenario, das auch in Neukölln zum Teil schon eingetreten ist«, räumt der Bezirksbürgermeister ein. Besonders im angesagten Norden Neuköllns stelle die Verdrängung Ärmere aus dem Kiez ein immer größeres Problem dar. Der Reuterkiez etwa sei »was die Bezahlbarkeit betrifft, schon sehr homogen geworden«.

Gleichzeitig hat sich der Ton in der Debatte um Migration und Vielfalt spätestens seit den »Silvesterkrawallen« in Berlin deutlich verschärft. Auch Aussagen über »kleine Paschas« und angeblich relevante Vornamen der Randalierer haben bei großen Teilen der Bevölkerung Anklang gefunden. Entsprechend viel Raum nimmt das Thema Sicherheit im Koalitionsvertrag des schwarz-roten Senats ein. 1.000 neue Polizisten, Elektroschocker, Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten – wird Berlin zur Law-and-Order-Metropole? »Ich nehme schon wahr, dass es von den Bürgern einen größeren Sicherheitswunsch gibt«, sagt Hikel. Aber: »Ob jetzt Maßnahmen wie mehr Videoüberwachung der Weisheit letzter Schluss sind, sei mal dahingestellt. Ich glaube, das drängt die Kriminalität eher in andere Bereiche.«

Generell würde sich der stresserprobte Neuköllner in Zukunft eine unaufgeregttere Debatte wünschen: »Es ist ja nicht so, dass wir wesentlich unsicherer geworden sind«, sagt Hikel. »Wir werden halt einfach immer mehr Menschen. Damit gibt es natürlich auch mehr Konflikte in der Stadt, die gemanagt werden müssen.« Insofern gebe es in Berlin weniger ein Kriminalitäts-, als vielmehr ein Ressourcenproblem. Um diesem zu begeg-

nen, bräuchte es zwar auch mehr Polizisten, vor allem aber mehr Angestellte im Justizapparat. Ob Law-and-Order allein die richtige Antwort auf gestiegene Sicherheitsbedürfnisse ist, könne man letztlich durchaus anzweifeln. »Die eigentliche Frage ist doch, warum Menschen in besagten Quartieren vielleicht besonders anfällig für Ausschreitungen wie zu Silvester sind«, sagt Hikel. Hier müsste der Staat schon im Vorhinein viel mehr für die Menschen vor Ort tun. »Da spielt die soziale Frage natürlich eine große Rolle. Vielfalt und Verfassungsfreiheit bringen gar nichts, wenn du sie nicht auch ausleben kannst.«

Am Ende geht es Berlin vielleicht ganz ähnlich wie Hikels SPD: Was derzeit fehlt, ist die gemeinsame Grundlage. »Eine Gesellschaft braucht doch immer etwas Verbindendes«, findet auch Hikel. »Was uns in Berlin verbindet, sind doch vor allem die Freiheiten, die wir alle hier genießen – dass du sein kannst, wer du willst und sein kannst, wer du bist.«

Martin Hikel, geboren 1986 in Berlin-Neukölln, hat von 2006 bis 2013 an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaften und Mathematik auf Lehramt studiert. Nach zwei Jahren als Lehrer an der Zehlendorfer John-F.-Kennedy-Schule ist er seit 2018 Bezirksbürgermeister von Neukölln.



Da wächst jetzt Gras drüber

Die traurige Geschichte hinter dem Zerfall der FU-Tennisplätze am Henry-Ford-Bau

VON TILL HENNIGES

Den Berliner Stadtteil Dahlem prägen nicht nur die FU Berlin und Max-Planck-Gesellschaft (einst Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft), sondern auch seine weitläufigen Grünflächen mit allerlei freizeithlichen Angeboten, die nach intensivem Studieren oder Forschen zu einer Pause einladen und Raum für Abwechslung, Austausch und Inspiration bieten. Mehrere Nobelpreisträger profitierten bereits von diesem »dahlemschen« Erfolgsrezept, welches – wenn auch nicht wissenschaftlich bewiesen – auf der Hand liegt. Trotzdem wird es den Mitgliedern und Studenten von den Institutionen aktuell teilweise verweigert.

Knapp fünf Meter Luftlinie vom Henry-Ford-Bau entfernt befinden sich drei Tennisplätze, die auf der gegenüberliegenden Seite an das Grundstück des Harnack-Hauses der Max-Planck-Gesellschaft angrenzen. Doch wer heute dort vorbeikommt, dürfte die Plätze übersehen haben – wenn man sie als solche überhaupt noch bezeichnen darf. Nur mit scharfem Blick lassen sich die von verwachsenen Bäumen umringten sowie mit Moos und Unkraut bedeckten Grandplätze durch den grobmaschigen Zaun erspähen. Mittlerweile gleichen sie eher einer postapokalyptischen Filmkulisse. Was hat es also mit den Tennisplätzen im Herzen des FU-Campus auf sich?

Ursprünglich wurden die Tennisplätze in den 1920ern errichtet und gehörten zum Harnack-Haus, das als Gästehaus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) fungierte. Folglich ließen

schon die »Elite der damaligen Wissenschaft und Angehörige der umliegenden Institute« bereits die Bälle übers Netz fliegen, wie der Leiter des Harnack-Hauses Norbert Domke bestätigt. Es war ein Ort der Begegnung und des (Ball-)Austausches zwischen Wissenschaftlern.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Dahlem Teil des amerikanischen Sektors von Berlin. Die KWG spaltete sich zunächst in Ost- und Westdeutschland; die westdeutschen Institute – darunter auch die meisten in West-Berlin gelegenen – wurden in der Max-Planck-Gesellschaft fortgeführt. Doch zahlreiche ihrer Gebäude mussten an die 1948 gegründete FU abgetreten werden – vermutlich auch die Tennisplätze, so Domke. Das Harnack-Haus wurde zum Offiziersclub der US-Streitkräfte, ehe es 1994 von der aus der KWG hervorgegangenen Max-Planck-Gesellschaft (MPG) übernommen wurde. Die Tennisplätze aber blieben unter FU-Schirmherrschaft.



© Foto: Till Henniges

Als Ausdruck einer guten Nachbarschaft gründete sich am Fritz-Haber-Institut der MPG in Kooperation mit der FU ein Tennisverein, der die Verantwortung für die Plätze übernahm. Das ging bis 2011 gut, ehe die FU einen neuen Kurs einschlug und die Plätze nur noch für den eigenen Hochschulsport nutzen wollte. Als Gründe dafür gelten laut Domke und dem heutigen FU-Hochschulsport-Direktor Christian Mundhenk die große Nachfrage damals sowie die hohen Kosten einer nötigen Zäunung, die die FU als Eigentümer hätte tragen müssen. Abgesehen vom Hochschulsport blieben weitere Anfragen über die damaligen Beweggründe bis Redaktionsschluss von der FU unbeantwortet. Infolge des Umdenkens der FU wurde dem Tennisverein am Fritz-Haber-Institut gekündigt, womit auch dessen Bereitschaft zur Pflege der Anlage verloren ging. Da aber das Harnack-Haus, das Umkleidekabine und Bewässerung bereitstellte, sich fast zeitgleich einer Renovierung unterzog, waren die Plätze nicht mehr bespielbar. Man hätte zwar in der kleinen Hütte neben den Plätzen Umkleiden einrichten und ein mobiles Toilettenhäuschen aufstellen und den Tennisbetrieb fortführen können, doch es fehlte – laut Domke – der Mut zur Improvisation. Die Konsequenz: Die Plätze begannen zu zerfallen und seit 2012 kam kein Ballwechsel mehr zustande.

Die neuesten Entwicklungen gehen auf das Jahr 2015 zurück, in dem die MPG-General-

verwaltung einen Grundstückstausch mit der FU anregte, um die Plätze für alle Parteien wieder bespielbar zu machen, verrät Domke – damaliger Kostenpunkt der Aufarbeitung: rund 20.000 Euro. Seitdem wird jedoch erfolglos über ein Tauschgeschäft verhandelt – anscheinend ist keine Einigung über den Vergleichswert der Grundstücke zu erzielen. Der FU-Hochschulsport bestätigte die Idee des Tauschgeschäfts, Mundhenk kritisiert zugleich aber den langwierigen Prozess: »Dem Hochschulsport blutet das Herz, wenn wir die Plätze in diesem Zustand sehen und sie nicht nutzen können!«

Seit nun mehr als zehn Jahren verfallen die Tennisplätze. Zynisch gesprochen könnte man behaupten, Dahlem wird um eine Grünfläche reicher. Doch das sollte nicht der Anspruch der zwei renommierten Institutionen sein. Dass das »dahlemsche« Erfolgsrezept gefährdet sei, wäre eine Überspitzung. Dennoch sind die zähen Verhandlungen nur zum Nachteil beider Institutionen – vor allem aber ihrer Studenten und Mitarbeiter. Sie werden der sportlichen Betätigung und eines Ortes für akademischen und persönlichen Austausch abseits vom Hörsaal und Arbeitsplatz beraubt.

Mit einer zeitnahen Einigung über die Plätze ist nicht zu rechnen. Domke schätzt die heutigen Sanierungskosten auf rund eine halbe Million Euro. Eine Summe, die wohl beide Parteien abschreckt und nichts Gutes für die Zukunft der Plätze verheißen dürfte. Falls keine zeitnahe Lösung zwischen den beiden Institutionen gefunden wird, wäre das zwar bedauerlich, aber nicht weiter dramatisch. Mit noch ein bis zwei Jahrzehnten Geduld, könnte der Eigentümer die mittlerweile von der Natur zurückeroberten Tennisplätze ohne großen Aufwand zum akademischen Außenposten des legendären englischen Rasentennis-Clubs Wimbledon erklären: Wo einst das Spielfeld war, da wächst jetzt Gras drüber.

© Foto: Till Henniges





need to talk to a psychologist?

As of now, the support.point at the Department of Philosophy and Humanities offers open consultation hours for your mental health. A consultation is limited to 30 minutes. You can describe your concerns and, together with the advisor, work out initial solutions or strategies. Consultations are confidential.

Don't stay alone with your concerns.

Drop by without an appointment during my open consultation hours:
support.point at the Department of Philosophy and Humanities (Rost-
und Silberlaube, ground floor, room JK28/115)

Mon: 2 to 3.30 pm / Tue: 3.30 to 5.30 pm / Thu: 10.30 am to 12 noon
or send an mail to: support.point.philgeist@studienberatung.fu-berlin.de

Please always check the current office hours online, as changes may
occur at short notice.

need to talk?

fu-berlin.de/mentalwellbeing
support.point.philgeist@studienberatung.fu-berlin.de

LISTE

»Ich rate Ihnen: Achten Sie auf sich«

FU reagiert auf wachsende psychische Belastung

VON SASKIA KABELITZ UND ARIADNE LIMBOU

Jessica Weber ist Psychologin und Psychotherapeutin in Weiterbildung, die letzten drei Jahre hat sie in der psychologischen Beratungsstelle der FU gearbeitet. Seit neustem sitzt sie in einem unscheinbaren Raum im Erdgeschoss der Ihnestraße 21 und betreut den support.point des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften. Die Beratungsstelle am OSI ist eine von zehn psychologischen Anlaufstellen, die auf dem Campus der FU eingerichtet wurden.

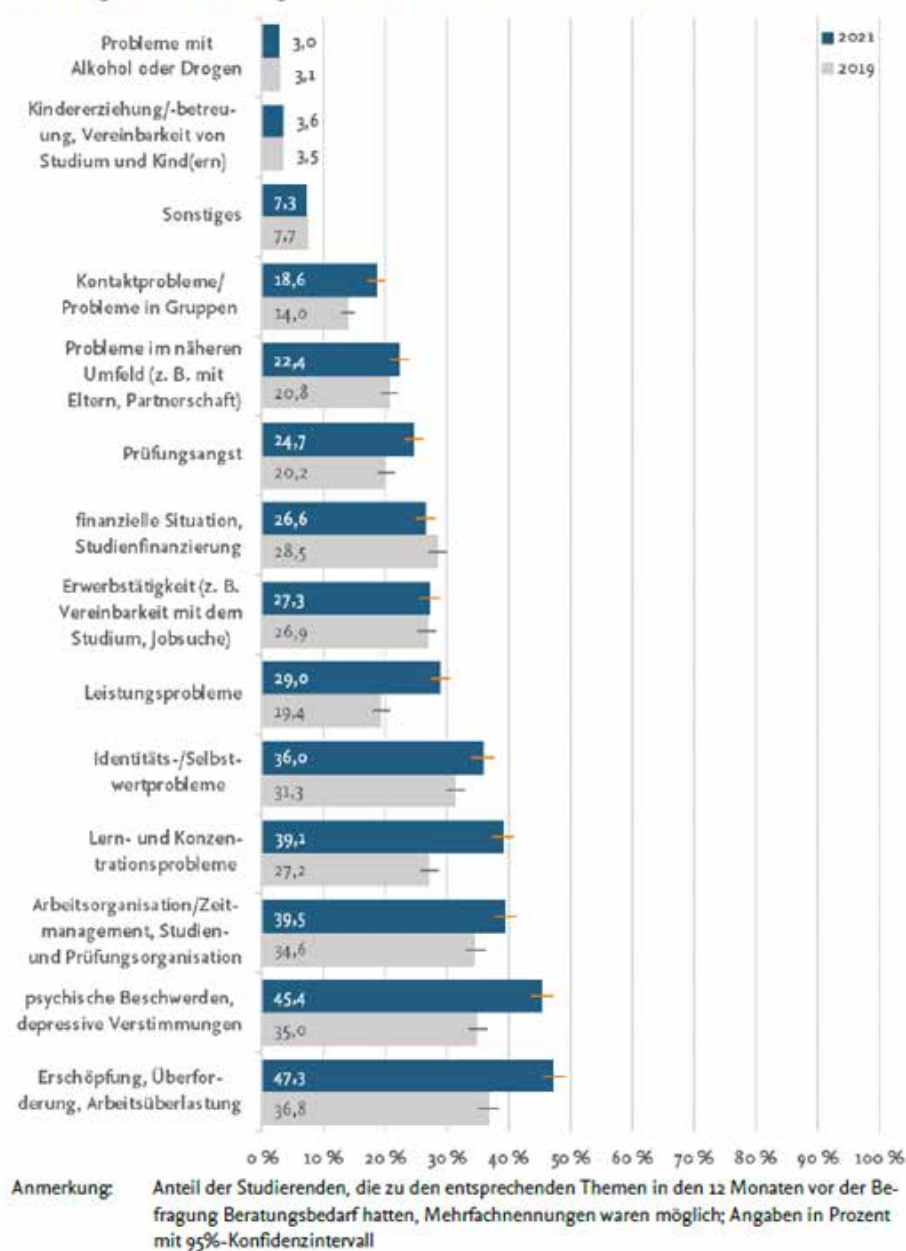
Die ersten beiden support.points wurden Ende 2022 eröffnet, seitdem sind acht weitere dazu gekommen – so auch der im Raum 002 zu Beginn dieses Semesters. Eingerichtet wurden die Beratungsstellen aufgrund der Ergebnisse des University Health Reports der FU von 2021, eine Umfrage unter 2826 Studierenden der FU. Er zeigt, dass der Beratungsbedarf infolge der Covid-19-Pandemie signifikant gestiegen ist. Der größte Bedarf besteht für Probleme mit Erschöpfung und Arbeitsüberlastung (47%), psychischen Beschwerden und depressiven Verstimmungen (45%), Zeitmanagement und Prüfungsorganisation (39%), als auch Lern- und Konzentrationsproblemen (39%). Der University Health Report zeigt, dass 2021 bereits 78,5% der befragten Studierenden einen Beratungsbedarf hatten – zwei Jahre zuvor waren es erst 73,3%. Insbesondere der Beratungsbedarf am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften ist gestiegen (2019: 78,5%; 2021: 84,2%). Mit diesen

Werten hatte der Fachbereich sowohl 2019 als auch 2021 den höchsten Beratungsbedarf aller Fachbereiche der FU.

Trotz des gestiegenen Beratungsbedarfs nahmen allerdings weniger FU-Studierende Beratungsangebote wahr, als Studierende im bundesweiten Vergleich es 2017 taten. Fast 60% der Studierenden mit Beratungsbedarf haben 2021 kein Beratungsangebot angenommen. Die meisten gaben an, dass dies daran liegt, dass sie keine Angebote des studierendenWERKS oder der FU kennen. Als Reaktion wurden die dezentralen support.points direkt an den einzelnen Fachbereichen angesiedelt, um den Zugang zu vereinfachen und mögliche Hemmschwellen abzubauen.

Man kann beim support.point am OSI einen Termin vereinbaren oder spontan zur offenen Sprechstunde vorbeikommen. Eine halbe Stunde hört sich Jessica Weber das Anliegen an, leitet an passende Beratungsstellen weiter, stellt Ressourcen zur Verfügung oder spricht eine Psychotherapie-Empfehlung aus. Die Beratung ist offen für alle, ob Studierende, Dozierende, Promovierende oder Beschäftigte. Es ist auch möglich, zum support.point eines anderen Fachbereichs zu gehen. Grundsätzlich kann über alles gesprochen werden – ob Prokrastination, Prüfungsängste, Schreibblockaden, familiäre Probleme oder Konzentrationsschwierigkeiten. »Es gibt nichts, was nicht willkommen ist«, stellt Weber klar.

Abbildung 122: Beratungsbedarf, differenziert nach Themenbereichen



© Grafik: University Health Report FU 2021

Die Probleme, mit denen die Studierenden am häufigsten zur Beratung kommen, sind Arbeits- oder Lernschwierigkeiten, depressive Symptome, Ängste, Stress und Druck durch Leistungsanforderungen an der Uni und vermehrt auch die Suche nach einem Therapieplatz. »Ähnlich wie bei Pharmazie, Tiermedizin oder Psychologie, ist bei Politikwissenschaft ein besonders hoher Leistungsdruck und Ehrgeiz zu spüren«, berichtet Weber.

Die Corona-Pandemie hat nicht nur bestehende Belastungen erhöht, sondern auch eigene Probleme hervorgebracht: Nach drei bzw. vier Semestern Online-Lehre haben viele Studierende sowohl inhaltlich als auch sozial den Anschluss verloren. Vor allem zugezogene Studierende haben häufig mit Einsamkeit zu kämpfen. In der Umfrage der FU-Corona-Studierenden-Initiative (FUC-SI) gaben Anfang 2022 mehr als die Hälfte der FU-Studierenden an, bisher noch keine

Öffnungszeiten support.point Fachbereich PolSoz:*Offene Sprechstunden (ohne Termin vorbeikommen):**Dienstag 09:30 – 10:30 Uhr, Donnerstag 13:30 – 15:00 Uhr**Terminsprechstunde (Terminbuchung über Webseite):**Donnerstag 9:30 – 12:00 Uhr, Freitag (online): 10:00 – 13:00 Uhr**Terminbuchung online*

Freund:innen im Studium gefunden zu haben, mit denen sie sich sowohl inhaltlich als auch persönlich austauschen können.

Auch der Krieg in der Ukraine hat Auswirkungen: »Von nahem mit solch bedrohlichen Krisen konfrontiert zu werden, erzeugt Zukunftsängste«, erklärt Weber, »die Angst darüber, was aus unserer Gesellschaft wird, steigt«. Seit Kriegsbeginn haben auch vermehrt russische und ukrainische Studierende die Beratungsangebote wahrgenommen. Allgemein geht der Beratungsbedarf seit dem Ende der Pandemie nicht zurück, im Gegenteil: »Die Nachfrage steigt weiterhin«. Die Finanzierung des Projekts ist allerdings vorerst nur bis zum Ende des Sommersemesters 2024 bewilligt. Bis dahin ist ein Austausch zwischen den Fachbereichen und den support.points geplant, sodass die Lehre möglicherweise angepasst werden kann. Was rät die Psychologin den Studierenden allgemein? »Es ist gut, Ziele im Studium zu haben und Leistungen zu erbringen, aber alles muss einen gesunden Ausgleich haben. Es muss auch genug Zeit für Freunde, Hobbys, Partnerschaften etc. sein«, so Weber. Vor allem im Studium verschwimmen Arbeit und Freizeit miteinander. Daher empfiehlt sie, klare Arbeitszeiten festzulegen und am Wochenende nicht zu arbeiten: »Mindestens ein Tag in der Woche sollte komplett frei bleiben, auch in der Prüfungszeit!«



© Foto: privat

Jessica Weber ist Psychologin und Psychotherapeutin in Weiterbildung, mit Schwerpunkt tiefenpsychologisch fundierter Psychotherapie. Sie arbeitet seit 2019 in der Psychologischen Beratungsstelle der FU, und ist nun eine von sieben Psycholog:innen, die an den support.points eingesetzt sind. Seit Ende April ist sie für den support.point am OSI zuständig.

Was macht eigentlich...**Helga Haftendorn?**

»Keine Lösung mit Putin«

VON CHRISTIAN WALTHER



Trump war ein Einschnitt. Bis dahin hatte sie häufig die USA besucht, hatte auch länger dort gelebt, erst im Studium, dann als Gastprofessorin in Georgetown und Stanford, aber mit Trump sei das Land derart polarisiert, dass sie sich entschieden habe, nicht mehr in die USA zu reisen. Jetzt – mit fast 90 – sei sie dazu auch nicht mehr in der Lage, bedauert sie. Stanford sei wunderbar – auch zum Wandern. Georgetown dagegen wird von vielen besucht, die in den Staatsdienst wollen. Schon nach 9/11 hatte Haftendorn – Expertin für Rüstungs- und Entspannungspolitik – auf eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gedrängt, damit

Europa von den USA »nicht mit Herablassung behandelt« werde. »Herablassung« scheint ihr heute das falsche Wort zu sein. Das Ziel sei eine partnerschaftliche Beziehung, aber in der Trump-Zeit war diese nicht möglich. Bevor Haftendorn, 78 ans OSI kam – zuletzt bis zur Emeritierung 2000 als Direktorin der Arbeitsstelle für Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik – hatte sie schon an der Bundeswehr-Uni in Hamburg Soldaten beigebracht, dass es so etwas wie Entspannungspolitik gibt. Der Krieg gegen die Ukraine zeigt jetzt deren Grenzen: »Entspannungspolitik erfordert einen Partner und den Partner haben wir im Augenblick in Moskau nicht. Insofern ist die alte Brandtsche Entspannungspolitik nicht mehr möglich.« Und sie sieht auch »keine Lösung mit Putin, jedenfalls keine, die auf einer partnerschaftlichen Lösung beruht, die der Ukraine volle Rechte als eines demokratischen, einheitlichen Staates gewährt.«

Das Wort Geopolitik mag sie nicht nutzen, aber die Bedeutung der Nordpolregion in der internationalen Politik hat sie in den letzten Jahrzehnten intensiv erforscht und sich zugleich für die klare Luft des hohen Nordens begeistert: »Ich bin ja selbst ein Arktis-Fan, habe alle sieben arktischen Länder bereist.« Und privat? »Ich wünschte mir, dass ich noch Familie hätte. Ich bin die einzige Überlebende – das ist nicht so superschön.« Und dann weist sie noch auf ihre Stiftung für deutsch-amerikanische Wissenschaftsbeziehungen hin, bei der man gerne Förderanträge stellen könne.

Was macht eigentlich...**Martin Jänicke?**

»Umweltpolitik, die keine Verlierer schafft«

VON CHRISTIAN WALTHER

»Die haben einen unglaublich guten Job gemacht«, schwärmt Martin Jänicke – und er meint Minister Habeck und sein Team im Wirtschaftsministerium. Anders als in anderen Ministerien werde dort das Bild bestimmt von »alten Säcken, die da irgendwie aus der Industrie reingekommen sind, die einen mit Vorurteilen jeder Art auf niedrigstem Niveau behelligen«, spitzt Jänicke seine persönlichen Eindrücke zu. »So ein Ministerium dazu zu kriegen, so eine Klimapolitik zu machen, ist eine enorme Leistung.«

Und Jänicke, Jahrgang '37, Erfinder des Begriffs »ökologische Modernisierung«, hatte viel Kontakt zu Ministerien. Er war Gründer der Forschungsstelle für Umweltpolitik am OSI, die er von 1986 bis 2007 leitete. Statt Ruhestand ging es dann mit 70 noch zehn Jahre in Klaus Töpfers Institute for Advanced Sustainability Studies in Potsdam: keine Lehre, mehr Forschung, mehr Aufsätze in renommierten Journals.

Dabei hat Jänicke nicht nur Politik erforscht, er hat auch welche gemacht. Zuerst – damals noch als Sozialdemokrat – war er externer Berater von Kanzler Brandt, an dessen Rede zum »blauen Himmel über der Ruhr« er sich sofort erinnert, wie auch an vergleichbar radikale Äußerungen vom damaligen FDP-Innenminister Genscher. Später ging er zu den Grünen, wurde 1981 ins Abgeordnetenhaus gewählt. Sehr lehrreich war diese Zeit, doch lange waren ihm danach die Förderquellen der Wissenschaft in Deutschland verstopft.



Umso erfolgreicher waren europäische Forschungsprojekte.

Inzwischen hat Jänicke dann doch das Privatleben für sich entdeckt. »Experte kann man nur 100%-ig sein oder gar nicht.« Er geht viel in Konzerte, liest Bücher über Komponisten, entdeckt dabei die existenzielle Seite der Musik und wie die Musik zur jeweiligen Lebenssituation passt, beispielsweise bei Schumann, der ein schreckliches Leben hatte.

Und dann geht es doch noch mal um Umweltpolitik und ihre Lernerfolge: »Die neue Just-Transition-Maxime spiegelt die wachsende Erkenntnis wider, dass Umweltpolitik besser keine Verlierer schafft und schon gar nicht solche, die das jeweilige Problem nicht verursacht haben.« Kein schlechter Rat in diesen Zeiten.

DER PRÄSIDENT
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN
Zentrale Universitätsverwaltung

FU

BERLIN

Freie Universität Berlin, Kaiserswerther Str. 16 - 18, 14195 Berlin

Das Magazin der Freien Universität Berlin

FU-info

10. April 1992



FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

vollen
chlands erstes
rsitäts-Radio

Sie mit?

in AFN durch die Freie Universität Berlin
Sponsoren

Pressestelle FU
14195 Berlin
030 - 838 73 187



preis



Aus ehemaligen DDR nur „Stasi“
„einer Präge trümet sich
des „SED-Staat“

Das Magazin der Freien Universität Berlin



FU:N
NACHRICHTEN

16. November 1992

NR. 11/92



Nicht schick, aber mit der richtigen Message

Ein Kommentar zum neuen FU-Logo

VON PAUL CICHON

Zum 75-jährigen Jubiläum hat die FU ein neues Logo bekommen. Auf die FU ist daraufhin ein richtiger Shitstorm losgebrochen.

Zu grell, zu austauschbar, zu unruhig, zu wenig altherwürdig und irgendwie unfertig sei das neue Logo. Eine Petition mit über tausend Unterzeichnenden fordert nun die Reevaluation und Neugestaltung des Anfang Juni vorgestellten Designs. Das hatte sich die FU wohl anders vorgestellt, wo sie doch 19.000 Euro für die Beratung und Unterstützung des universitäts-eigenen Design-Teams durch einen externen Markenentwickler bei der Entwicklung des neuen Corporate Design blechen musste.

Zugegeben: Das neue Logo ist nicht besonders schick, und dass FU-Präsident Günter Ziegler das Logo als Neuerfindung der Universität verkaufen will, ist, nun ja, auch nicht gerade günstig für die allgemeine Akzeptanz der Grafik. Da sich abgesehen von neuem Logo und Webseiten-Design nichts weiter ändert, wirkt das wie ein misslungener PR-Move.

Eine »Neuerfindung« der Universität ist das Logo nicht, sondern symbolisiert mehr das, was die Universität und die in ihr gelebte Wissenschaft ist. Es ist modern und könnte fast schon als Logo eines hippen und innovativen Berliner Start-Ups durchgehen.

Man könnte in das neue Logo mit viel interpretativer Leistung auch den subtilen Hinweis hineindeuten, klarer den Blick in Richtung innovative Wissenschaft zu richten. Unruhig, unfertig und wenig in die Vergangenheit blickend, das sind Kritikpunkte am Logo, aber



Das neue Logo ohne Siegel mit neongrünen Akzenten und »F« und gedrehtem »U« in fragmentierter Form



Das alte Logo mit Siegel und grün unterstrichenem Schriftzug

auch Attribute, die man der Wissenschaft durchaus zuschreiben kann und will.

Klar, das Logo wirkt erstmal nicht wie das typische Logo einer weltbekannten Uni. Das sind dann doch eher die Logos auf den Pull-overn der Eliteuniversitäten aus Oxford und Cambridge, die mittlerweile nicht nur beim schmierig anmutenden Kiosk während des London-Urlaubs, sondern sogar beim Textilriesen H&M erworben werden können. Sollte das das Ziel des neuen Corporate Designs sein? Ach und übrigens, war dieses durch den lateinischen Schriftzug antik anmutende Logo nicht auch etwas scheinheilig? 75 Jahre Universitätsgeschichte sind dann doch eher weniger bis in die Antike zurückreichend.

Namen und Nachrichten

VON LEA MURRU

© Foto: Bettina Ausserhofer



Miriam Hartlapp zur geschäftsführenden Direktorin gewählt

Der neue Institutsrat des OSI hat Miriam Hartlapp zur geschäftsführenden Direktorin gewählt. Hartlapp ist Professorin mit Schwerpunkt für Deutschland und Frankreich im Vergleich. Vor ihrer Tätigkeit am OSI arbeitete sie unter anderem am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung sowie beim WZB als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Stellvertretender geschäftsführender Direktor ist Thomas Rixen. Beide haben das Amt für zwei Jahre inne.

Neuwahl des Institutsrats und der Frauenbeauftragten

Alle zwei Jahre werden die Gremien der FU neu gewählt, so auch am Fachbereich für Politik- und Sozialwissenschaften. Im Mai stand so am OSI der Institutsrat zur Wahl. Bei der Wahlbeteiligung der unterschiedlichen Statusgruppen – Profs, WiMis, Sonstige Beschäftigte, Studis – gab es wieder große Unterschiede. Die Gruppe mit der mit Abstand höchsten Wahl-

beteiligung besteht aus den »sonstigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen« – sie erreichten 52,63%. Mit 34,4% Wahlbeteiligung folgen die Professoren und Professorinnen. Schlusslicht bildet die Gruppe der Studentinnen und Studenten – mit 7,16% Wahlbeteiligung. Ebenfalls neu gewählt wurde im Juni dieses Jahres die nebenberufliche Frauenbeauftragte. Mit 100% Zustimmung und drei abgegebenen Stimmen ist Ursula Frübis ins Amt gewählt worden.

PolSozOSI on Tour: Erst ins Kanzleramt, dann in die Bar

Die Arbeitsstelle der Politischen Soziologie hat ein neues Exkursions-Format: PolSozOSI on Tour. Bei der letzten Exkursion ins Bundeskanzleramt fand ein Gespräch mit Martin Niedermeier, dem persönlichen Referenten des Chefs des Bundeskanzleramtes Schmidt, statt. Der zweite Teil der Exkursion bestand aus einer Führung durch das Haus. Anschließend ließen die Teilnehmenden den Abend in einer Bar ausklingen. Über anstehende Exkursionen informiert die Arbeitsstelle regelmäßig über die Mailingliste.

Update: Grüne und SPD beantragen Umbenennung von Iltis-, Lans- und Takustraße

Die Initiative in der OSI-ZEITUNG zur Umbenennung der Dahlemer Iltisstraße hat die Bezirkspolitik erreicht. Nach längerem, durch die Neuwahl verursachten Stillstand, haben

die Fraktionen von Grünen und SPD in der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf die Umbenennung der drei Straßen beantragt, ohne dafür gleich einen eigenen Vorschlag zu machen. «Ittis» war das Kanonenboot, das unter dem Kommando von Kapitän Lans im Rahmen eines internationalen Kolonialkrieges das chinesische Fort Taku angriff. In der OSI-ZEITUNG wurde vorgeschlagen, die Ittisstraße nach der früheren FU-Studentin und späteren Botschafterin Namibias, Nora Schimming, zu benennen. Für die Lansstraße liegt schon länger der Vorschlag vor, sie nach dem Gründungsdirektor des John-F.-Kennedy-Instituts, Ernst Fraenkel, zu benennen. Während der Vorschlag in der OSI-ZEITUNG auf eine Umbenennung der Takustraße verzichtet, um nicht die historischen Spuren zu verwischen, wollen Grüne und SPD auch diesen Namen tilgen.

Durch die Neuwahlen haben sich im Bezirk die Gewichte ein wenig Richtung CDU verschoben, doch die Zählgemeinschaft aus Grünen, SPD und FDP hat Bestand. Allerdings ist man sich in dieser Frage uneins und überlässt es den Fraktionen, nach eigener Vorstellung zu entscheiden. Die FDP hat zwar die Ehrwürdigkeit Nora Schimmings anerkannt, möchte aber die Namen aus der Kolonialzeit bewahren und Schimming mit einer Privatstraße ehren.

COVID-19 und Krisenmanagement: ein Forschungsbeitrag

In einem Beitrag zur COVID-19-Pandemie konzentrieren sich Johanna Schnabel und Yvonne Hegele auf die Untersuchung des Krisenmanagements in Deutschland, Österreich und Schweiz. Um Prozesse der Entscheidungsfindung besser nachvollziehen zu können, unterscheiden sie zwischen zwei Dimensionen: der zentralisierten/dezentralen und unilateralen/koordinierten Entscheidungsfindung. Unterschiede in der Bewältigung der COVID-19-Pandemie erklären sie unter anderem durch die

unterschiedlichen Verteilungen politischer Kompetenzen. Der Beitrag ist online unter dem Titel »Federalism and the management of the COVID-19 crisis: centralisation, decentralisation and (non-)coordination« zugänglich.

Young Thinkers-Award für Julia Reuschenbach

Der Young Thinkers-Award honoriert besonders die Leistungen jüngerer Generationen, die in Think-Tanks, Universitäten oder Instituten zu aktuellen Herausforderungen forschen und sich in besonderem Maße an der öffentlichen Debatte beteiligen. Julia Reuschenbach ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Arbeitsstelle für Politische Soziologie der BRD und besonders in den Bereichen der Wahl- und Parteienforschung aktiv. Ihr Engagement für politische Bildung und Aufklärung spiegelt sich auch in ihrer medialen Präsenz wider – unter anderem beim Deutschlandfunk oder Phoenix.

Der Föderalismus nach dem Kalten Krieg



©Foto: privat

Sabine Kropp und Soeren Keil haben Föderalisierungs- und Deföderalisierungsprozesse weltweit in den Blick genommen. Im Detail liegt der Fokus des Buches »Emerging Federal Structures in the Post-Cold War Era« auf Entstehung, Unterschieden und Funktionsweisen föderaler Strukturen. Der Forschungsbeitrag enthält sowohl theoretische als auch empirische Aspekte und schließt damit eine Forschungslücke zu den Veränderungen der föderalen Systeme seit dem Kalten Krieg.

Einsatz von künstlicher Intelligenz bei Prüfungen reguliert

Der Prüfungsausschuss hat ein Merkblatt zum Umgang mit KI-basierten Tools veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass KI-basierte Tools in Prüfungen unter Aufsicht nicht zugelassen sind. In Prüfungen ohne Aufsicht sind sie allerdings als Hilfsmittel zugelassen, solange die Verwendung gekennzeichnet wird. Für KI-basierte Tools, beispielsweise Chat-GPT, besteht damit sowohl eine Kennzeichnungs- als auch eine Dokumentationspflicht. Das Merkblatt findet sich auf der Website des OSI: https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/europa/studium_lehre/hinweise_downloads/Merkblatt_KI-Tools.pdf

Analyse zur altersabhängigen Medien-nutzung vor Bundestagswahlen

Unter dem Titel »Integrationsfunktion in Zeiten der Fragmentierung?« haben Thorsten Faas und Anton Könnecke den Wandel des Mediensystems mit Fokus auf den verschiedenen Generationen zugänglichen Informationsangebot untersucht. Um herauszufinden, welche Informationsangebote Wähler:innen unterschiedlichen Alters nutzen, analysierten

sie das Informationsverhalten verschiedener Generationen bei den letzten Bundestagswahlen. Besonders bei nach 1974 geborenen Menschen verlieren Zeitungen und Fernsehen an Bedeutung, während Online-Medien mehr genutzt werden. Der vollständige Beitrag findet sich in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift für Parteienwissenschaften.

Vorstandswahl beim OSI-Club

Auf der Mitgliederversammlung im Mai wurde der bisher fünfköpfige Vorstand des OSI-Club (Regine Kuckla, Christoph Nitz, Kai Oberbach, Shereen Chaibi, Maximilian Hentschel) im Amt bestätigt und – auf Basis einer Satzungsänderung – auf neun Köpfe erweitert. Die Neuen sind der Mitgliederbeauftragte der Berliner SPD, Jean-Marie Ayikpe, der Politikberater und frühere FDP-Abgeordnete Mirco Dragowski, der Leiter Presse und Kommunikation beim Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit in Potsdam, Matthias Tang, und die OSI-Studentin Margo Wieseler.

Verein zur Förderung der OSI-ZEITUNG reaktiviert

Nach der OSI-ZEITUNG ist nun auch der bereits in den 90er Jahren gegründete, dann aber ins Koma gefallene Verein zur Förderung der OSI-ZEITUNG reanimiert worden. Die bisherigen Vorstände Stefen Niemeyer und Henry Krause wurden auf einer Mitgliederversammlung Ende Juni durch den Studenten Colin Ivory Meyer – zuletzt Mitglied der Redaktionsleitung – und die beiden Herausgeber Christine Kolmar und Christian Walther ersetzt.

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO-SUHR-INSTITUT

WIR SIND

das unabhängige und meinungsoffene Magazin am Otto-Suhr-Institut
für an Politik, Politikwissenschaften und am OSI Interessierte.

WIR WOLLEN

ein Forum sein, in dem ehemalige und aktuelle OSlaner und
OSlanerinnen sich äußern, vernetzen und publizistisch ausleben können.

WIR BIETEN

Studierenden, Beschäftigten sowie Alumni des OSIs die
Möglichkeit zu ehrenamtlicher Mitarbeit.

WIR SUCHEN

Verstärkung in allen Arbeitsbereichen der OSI-Zeitung von der
Redaktion über Gestaltung bis zum Vertrieb.



Das Bild vom Holocaust

Das Museum für Fotografie am Bahnhof Zoo zeigt Bilder der Shoah, Deborah Hartmann leitet die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Die OSI-ZEITUNG hat beide besucht.

VON ANJA MIELKE

Normalerweise trifft man Deborah Hartmann eher im entfernten Südwesten Berlins an, wo sie seit Dezember 2022 die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz führt. Heute sind wir 40 Minuten entfernt verabredet, im Museum für Fotografie, nur wenige Schritte entfernt vom Bahnhof Zoo. Hier wird noch bis zum 20. August die Ausstellung »Flashes of Memory. Fotografie im Holocaust« gezeigt.

Deborah Hartmann kennt die Ausstellung aus Yad Vashem, wo sie erstmalig gezeigt wurde und wo Hartmann eine Weile gearbeitet hat. »Flashes of Memory.« zeichnet sich aus durch einen Perspektivwechsel. Hier werden nicht, wie beim Thema Holocaust sonst so oft, hauptsächlich die Fotos, Dokumente und Briefe der Täter:innen ausgestellt, sondern vorrangig Fotos, die von jüdischen Fotograf:innen gemacht wurden. Die jüdische Perspektive wird bewusst in den Mittelpunkt gestellt.

Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust ist zentral in Hartmanns Leben und begleitete sie schon als Jugendliche. Ob sie sich mit der Thematik beschäftigen möchte, war für sie jedoch nie eine Frage, bei der sie das Gefühl hatte, sich etwas aussuchen zu können. Denn der Holocaust ist auch ein Teil ihrer Familiengeschichte. »Wenn Familienangehörige verfolgt oder ermordet werden, ist dies auch in der dritten oder vierten Generation noch ein prägendes Ereignis«, so Hartmann. Welche Gesellschaft hat diese

Verbrechen möglich gemacht? Und welche Folgen hatten die Verbrechen für betroffene Familien und überlebende Juden und Jüdinnen? Fragen, mit denen sie sich schon früh befasste. Heute überlegt die 38-Jährige: Wie kann diese Geschichte am besten vermittelt werden?

keine klassische Gedenk- oder Bildungsstätte

Daher ist das Haus der Wannsee-Konferenz auch keine klassische Gedenk- oder Bildungsstätte. Statt reinem Lesen und Begutachten des historisch bedeutungsvollen Orts, können Interessierte auch ihre Anregungen, Eindrücke und Fragen auf einem Bildschirm hinterlassen. Diese Interaktion ist Hartmann wichtig, denn sie möchte die Menschen nicht belehren, sondern den Ort gemeinsam mit den Besuchenden gestalten, so dass diese sich auch eingeladen fühlen.

Nicht erkennbar allerdings ist in der Wannsee-Villa der genaue Raum, in dem die Konferenz stattfand. Ohnehin liegt hier oft ein Missverständnis vor: Viele Menschen wünschen sich zwar eine genaue zeitliche und räumliche Eingrenzung der Entscheidung zum Holocaust, diese kann jedoch nicht vorgenommen werden, denn auf der sogenannten »Wannseekonferenz« wurde nicht der Holocaust beschlossen. Der war zum Zeitpunkt der Konferenz schon längst im Gange. Beschlossen wurde hier die organisatorische Umsetzung.



Der Fokus in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz soll auch nicht allein auf den Machenschaften der Täter liegen. Wer die Villa am Wannseeufer besucht, der findet neben Informationen über die Konferenz und ihre Teilnehmer auch Berichte zu den Schicksalen verfolgter Juden und Jüdinnen. Diese Perspektive der Verfolgten ist für Hartmann unerlässlich, um die Täter:innenperspektive zu konterkarieren und einzuordnen.

»produktive Verstörung«

Nach einem Besuch in einer Gedenkstätte oder Bildungsstätte kann einem schon mal der Kopf schwirren, erklärt Hartmann. Vielleicht hat man kaum Antworten gefunden und viel mehr Fragen als vorher. Dieser Prozess, den sie »produktive Verstörung« nennt, ist für die Leiterin ein erstrebenswerter Vorgang.

Hartmann reflektiert auch das Holocaustgedenken im »neuen Deutschland«, wobei sie den Begriff des Gedenkens problematisch findet: Dieser impliziere, dass man sich etwa einmal im Jahr zum Erinnern treffe und dahinter dann ein Häkchen machen könne. Besser sei es, von einer Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten zu sprechen, die sich bis ins Heute zieht.

Auch wenn Hartmann die grundsätzliche Relevanz von Gedenkstätten nicht gefährdet sieht – das Interesse ist groß, es kommen alle Altersklassen – wünscht sie sich, dass diese stärker auch als zivilgesellschaftliche Akteure wahrgenommen werden und als Stimme gegen Antisemitismus wirken können.

Nach unserem Gespräch laufen wir noch gemeinsam Richtung Bahnhof Zoo. Mit der S7 kommt man zügig von Zoo bis zum S-Bahnhof Wannsee, von wo aus es nur noch wenige Busstationen sind zur Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, das jeden Wochentag von 10 bis 18 Uhr besucht werden kann.

Deborah Hartmann, geboren 1984 in Wien, studierte Politikwissenschaften zunächst an der Universität Wien, im Wintersemester 2009/10 als Nebenhörerin am OSI. Von 2007 bis 2020 war sie an verschiedenen Positionen in der International School for Holocaust Studies Yad Vashem in Jerusalem tätig, zuletzt von 2015 bis 2020 als Leiterin der deutschsprachigen Bildungsabteilung. Seit Dezember 2020 leitet sie die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz.



POLITIK BEI TINTIN

Das Tim & Struppi-Seminar

PHILIPP LEPENIES IM INTERVIEW - VON TILL HENNIGES

Ein Comic als Lehrstoff? Das hat schon für Aufmerksamkeit bis hin zum Tagesspiegel gesorgt. Seit 2019 bietet Philipp Lepenies – Professor für Politik mit Schwerpunkt Nachhaltigkeit – im Rahmen des Moduls »Theorie, Ideengeschichte und Grundlagen der Politik« das Seminar »Politik bei Tintin« am OSI an. Tintin ist hierzulande besser bekannt als »Tim« mit seinem kongenialen Partner »Struppi«. Während schon der Name dieses Seminars manche Studierende in Nostalgie schwelgen lässt und Erinnerung an Kindheits-Comics hervorruft, dürfte es bei anderen Neugier wecken: Inwiefern bietet sich die belgische Comic-Figur Tintin von Autor Georges Prosper Remi alias Hergé für das Unterrichten von Politikwissenschaftsstudent:innen an?

Was wird im Seminar »Politik bei Tintin« behandelt?

Im Proseminar werden ausgewählte Tintin-Bände jeweils im Lichte von fundamentalen Theorien der Politikwissenschaft analysiert, deren Thesen sich entweder in den Geschichten wiederfinden, oder deren Ideen sich anbieten, um Tintin besser und zeitgemäß kritischer zu verstehen. Themen, die angeschnitten werden sind: Kriege, der Staat und seine Symbole, Machtpolitik und Systemwechsel, Kolonialismus und Postkolonialismus, Orientalismus, Rassismus, Tierethik und Feminismus.

Es geht deswegen beispielsweise nicht darum, vorzustellen, was Machiavelli in »Il Principe« sagt, sondern um die Frage, ob der syldawische König Muskar XII aus »König Ot-

tokars Zepter« ein machiavellistischer Fürst ist. Es geht nicht um Juan Linz's Unterscheidung zwischen totalitären oder autoritären Staaten, sondern um die Frage, ob San Theodoros und Bordurien totalitär oder autoritär sind. Es geht nicht nur darum, zu wissen, was unter Schmitts, Arendts, Mouffes oder Morgenthau »Begriff des Politischen« zu verstehen ist, sondern inwiefern Tintin in diesem Sinne politisch ist.

Der Schwerpunkt liegt auf politischer Theorie, aber nicht ausschließlich. Eigentlich soll der Kurs Studienanfängern einen Rundumblick über klassische, aber auch aktuelle politik-theoretische Fragestellungen bieten. Meine Hoffnung ist, dass jede:r Studierende einige der Seminareinheiten thematisch so interessant findet, dass er oder sie motiviert ist, diese Inhalte im Verlauf des weiteren Studiums zu vertiefen.

Wie gestaltet sich die Arbeit im Seminar?

Hauptlernziel ist, die behandelte politikwissenschaftliche Literatur zu kennen. Wir nutzen zwar zusätzlich einen Comic – aber der Kurs ist trotzdem ernsthaft und vom Lesestoff recht anspruchsvoll. Tintin ist Mittel zum Zweck und natürlich soll das Ganze Spaß machen. Die reine Präsentation und Diskussion von Texten, wie in Seminaren normalerweise üblich, kann ja etwas trocken sein.

Die Studierenden müssen in ihren Präsentationen das jeweilige Sachargument der Fachtexte mit Bildsequenzen aus Tintin belegen. Das ist zugleich ein großer Reiz und eine Herausforderung. Die Studierenden müssen sich also nicht nur den eigentlichen



durchaus später schämte – aus öffentlichen Bibliotheken verbannt werden sollte. Das war die Zeit, in der ich gerade meine alten Hefte für meine Kinder aus dem Keller meines Elternhauses geholt hatte. Dann habe ich die Dinger wieder gelesen und gemerkt, dass da viel mehr drinsteckt, als ich vielleicht mit zehn oder zwölf gemerkt hatte.

Das Faszinierende an Tintin ist ja nicht nur, dass sich das Comic für die Ver-

Text erschließen, sondern auch durch die Tintin-Abenteuer durcharbeiten. Im Kurs muss Theorie praktisch angewandt werden. Das macht man viel zu selten. Und man ist gezwungen, komplexe theoretische Argumente und Sachverhalte auf den Punkt zu bringen.

Wir sparen aber auch nicht mit Kritik an Tintin und den Denkmustern, die dort mitunter zum Vorschein kommen. Wenn wir im Kurs die postkoloniale Kritik behandeln, geht es um Othering, Rassismus, antisemitische Stereotypen etc. Auch das gehört zu Tintin. Tintin hat dunkle Seiten. Es wäre dennoch schön, wenn die Studierenden die Brillanz eines Heftes wie »Tintin et les Picares« erkennen würden und nach dem Kurs zumindest ein eigenes Exemplar davon Zuhause im Regal neben Rawls und Hobbes aufbewahren.

Wie kam Ihnen die Idee, dass sich die Tintin-Stoffe für ein politikwissenschaftliches Seminar eignen?

Vor einigen Jahren gab es in der angelsächsischen Welt eine Debatte darüber, ob der Band »Tintin au Congo« – ein Band für den sich Hergé aufgrund des unfassbaren Rassismus

mittlung politischer Theorie eignet. Tintin ist ein Spiegel des 20. Jahrhunderts. Keine Momentaufnahme, sondern ein Beispiel für Evolution und Bewegung. Der vermittelte soziale, politische und kulturelle Wertekanon ändert sich im Zeitverlauf der Hefte, von den späten 1920er bis in die 80er Jahre komplett – so wie er sich auf dem ganzen Kontinent und in der Person Hergés selbst verändert hat. Außerdem hat Hergé auch immer wieder bewusst historische Referenzen zum Zeitgeschehen in die Hefte eingebaut, die es zu entdecken lohnt. Man soll das aber nicht überwerten. Es ist und bleibt ein Produkt für Jugendliche und soll unterhalten.

Aber auch ein Abenteuer wie »Tintin au Congo« führt zu Fragen, die man an der Universität stellen muss: Wie entsteht so etwas? Was hat sich Hergé und was haben sich die belgischen erzkatholischen Publizisten, die das Heft damals explizit eingefordert haben, dabei gedacht? Was waren die Reaktionen? Und wie geht man heute mit diesem Heft und anderen problematischen Sequenzen um? Ist Cancelln eine Lösung? Wie bewertet man einen Künstler, der Licht produziert hat, aber auch Schatten?

Die Redaktion

José-Luis Amsler (24),

nach abgeschlossenem OSI-Bachelor bald im Transatlantic Master an der University of North Carolina Chapel Hill. Ich gehe gerne ins Theater und lese bevorzugt mittelmäßige Science-Fiction-Romane (die von der Tankstelle). Schwerpunktthemen soziale Ungleichheit und internationale Politik. Bisherige journalistische Stationen bei Studierendenmedien, dem Rolling Stone und der Berliner Zeitung.

Clara Baldus (24),

dem OSI auch nach dem Bachelor treu geblieben. Ich schreibe zum dritten Mal für die OSI-Zeitung, dieses Semester als Redaktionsleiterin. Vorherige journalistische Erfahrungen bei der Jugendpresse und FURIOS, derzeit arbeite ich als Werkstudentin bei Table.Media. Zum Wintersemester schlägt mich mein Interesse an internationaler Politik nach Paris an die Sciences Po.

Teresa Becher (24),

studiere im vierten Mastersemester Politikwissenschaft am OSI. Meine Schwerpunktthemen im Studium sind Demokratie, internationale Politik und soziale Ungleichheit. Neben dem Studium setze ich mich für die Themen Europa, Förderung studentischer Forschung und politische Bildung ein. Ich schreibe dieses Semester zum ersten Mal für die OSI-Zeitung und kann es sehr weiterempfehlen. In Kontakt zu treten mit spannenden Persönlichkeiten und der Blick hinter die Kulissen haben mir gut gefallen.

Paul Cichon (20),

studiere etwas halbherzig im vierten Semester am OSI. Hab in diesem Semester zum ersten Mal für die OSI-Zeitung geschrieben. Wenn ich nicht arbeite oder mich mit der Politik(wissenschaft) beschäftige, verbringe ich eigentlich die meiste Zeit als Trainer und Spieler auf Fußballplätzen. Nach kurzem Engagement als Werkstudent im Bundestag schreibe ich aktuell für Onefootball.

Rosa Di Nardo (21),

lowkey Rampensau. Auf der Bühne für Schauspiel, Moderation und Poetry Slam. Master Politikwissenschaft am OSI, bald für den Doppelmaster an der Sciences Po Paris. Forschungsschwerpunkt ist die Politische Ökonomie der EU. Stationen bei der Badischen Zeitung und dem rbb.

Sofie Eifertinger (26),

schreibe diese Ausgabe vom Wochenbett aus. Als frische Mama erscheinen mir die schlauen Zukunftsgedanken, die am OSI gedeihen, als passende Nervennahrung zur Bewältigung jeglicher (emotionaler) Sorge-Engpässe. Oktober 2023 zeichnet das Ende meiner politikwissenschaftlichen Grundausbildung, wenn ich zum Thema »Pandemie & Politik – eine geschlechtsspezifische Analyse« meine Masterarbeit einwerfe.

Till Henniges (24),

nach abgeschlossener Schauspielausbildung nun im vierten Semester des Politikwissenschafts B.A.; zugleich Redaktionsleiter der OSI-Zeitung und Werkstudent bei The Pioneer. Abseits vom Studium und Journalismus spiele ich Hockey. Mich zeichnen meine Neugier und Abenteuerlust aus und meine vorrangigen Interessensgebiete sind Politik, Gesellschaft, Kultur und Sport.

Saskia Kabelitz (22),

viertes Semester PoWi und zum vierten Mal bei der OSI-Zeitung am Start, dieses Semester das erste Mal als Redaktionsleiterin. Abgesehen von meinen studentischen Tätigkeiten verbringe ich meine Zeit gerne mit einem aktuellen Spiegel auf meinem sonnigen Balkon, spiele Ultimate Frisbee oder treibe mich in Prenzlberger Bars herum. Außerdem arbeite ich als »Sendungsassi« beim rbb.

Christine Kolmar,

in den 80ern bei den Publizisten, Historikern und am OSI studiert und promoviert. Über 25 Jahre Journalistin bei ARD (Tageschau) und n-tv (Chefredaktion/ Ltg. Politik) im politischen Nachrichtengeschäft, dann u.a. Geschäftsleitung WWF, Dozentin UMC, Senior Vice President Nachhaltigkeit EnBW, Kommunikationsleitung BDL. Heute selbstst. Kommunikationsberaterin, hier mit Christian Walther Mentorin/Herausgeberin der OSI-Zeitung. Sonst gerne: lesen, schreiben, denken, bewegen, mit oder ohne Sportgeräte.

Ariadne Limbou (23),

in der Endphase des PoWi-Bachelors (klopf' auf Holz) mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie, insbesondere soziale Ungleichheit und Nachhaltige Transformation. Aktuell Werkstudentin beim Berliner Korrespondentenbüro vom japanischen Fernsehsender NHK. In meiner Freizeit betreibe ich Kampfsport, rege mich über die steigenden Mieten auf und erfreue mich an den süßen Hunden in meinem Kiez.

Anja Mielke (18),

studiere Politikwissenschaft im 2. Semester und bin das 2. Mal bei der OSI-Zeitung. Besonders spannend fand ich im Studium bis jetzt die pol. Theorie und Ideengeschichte. Ansonsten versuche ich, möglichst viele kulturelle Angebote Berlins mitzunehmen.

Lea Murru (22),

bin zurzeit mitten in meiner Bachelorarbeit und studiere ab nächstem Semester im Master Politikwissenschaft. Ich schnupper dieses Semester das erste Mal richtig in die redaktionelle Arbeit hinein. Abseits der Uni findet man mich im Schwimmbad, im Fitnessstudio oder mit meinen Freund:innen in einer Bar. Außerdem liebe ich die Natur und bin immer wieder gerne bei meiner Familie auf Sardinien.

Christian Walther (66),

OSI-Diplom 82, PuK-Diss 2015. Zumeist freier, gelegentlich angestellter TV-Reporter (rbb-Abendschau), Zeitungsmacher, Pressechef bei FU, Wissenschaftsverwaltung und Leibniz-Gemeinschaft, PR-Berater und Buchautor (»Des Kaisers Nachmieter«). 2001–17 Vorsitzender OSI-Clubs, 2016–20 Vorsitzender Journalistenverband Berlin-Brandenburg. Mehrfach Lehrbeauftragter, zuletzt 2020 mit Reanimation OSI-Zeitung. Jetzt mit Christine Kolmar Herausgabe/Mentor der OSI-Zeitung.

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO SUHR INSTITUT

Die OSI-ZEITUNG wird herausgegeben durch den Förderverein OSI-ZEITUNG e.V.,
vertreten durch und presserechtlich verantwortlich:
Christine Kolmar und Christian Walther

Redaktionsleitung: Clara Baldus, Till Henniges und Saskia Kabelitz

Redaktion: José-Luis Amsler, Clara Baldus, Teresa Becher, Paul Cichon, Rosa Di Nardo,
Sofie Eifertinger, Till Henniges, Saskia Kabelitz, Ariadne Limbou, Anja Mielke und
Lea Murru

Autoren: Henrik Scheller, Janika Spannagel

Gestaltung: Michael Hentschel

Kontakt: OSI-Zeitung@osi-club.de